

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Publication of the East
German Ministry for Heavy Machine
Construction, Issue 3

DATE DISTR.

26 SEP 1957

NO. PAGES

1

REQUIREMENT
NO.

RD

DATE OF
INFO.PLACE &
DATE AC

REFERENCES

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

official publication
of the East German Ministry for Heavy Machine Construction Verfuegungen
und Mitteilungen des Ministeriums fuer Schwermaschinenbau, issue No. 3,
dated 20 March 1957, and an appendix, dated 4 July 1957, announcing the
establishment of a branch of the Institute for Technology and Organization
of the Ministry, designed to handle shipbuilding and ship machinery, at
Rostock-Warnemuende.

25X1

CONFIDENTIAL

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Schwermaschinenbau

1957

Berlin, den 20. März

Nr. 3

Inhaltsverzeichnis

I. Bekanntmachungen	
1. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Auftragslenkung bei Guß- und Schmiedestücken vom 8. Februar 1957	13
2. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung der Patentschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 8. Februar 1957	14
3. Auswertung des überbetrieblichen Wettbewerbes 1956 der Erfinder und Rationalisatoren im volkseigenen Schwermaschinenbau	15
II. Materialwirtschaft	
4. Maßnahmen zur Verbesserung der Brennstoffsituation	15
III. Buchhaltung und Revision	
5. Erläuternde Hinweise und Festlegungen für die Betriebe des Ministeriums für Schwermaschinenbau zur Lohnfondskontrolle 1957	16
6. Hinweise zur Anordnung über die Behandlung der Umbewertung gebietsgebundener Bestände vom 7. Januar 1957 (GBL Teil II S. 38)	17
7. Hinweise zur Anordnung über die Abwertung und Verschrottung von materiellen Umlaufmitteln in volkseigenen Industriebetrieben vom 7. Januar 1957 (GBL Teil II S. 38)	17
8. Hinweise zur Anordnung über die Abgrenzung der Umlaufmittel- und Grundmittelsphäre vom 7. Januar 1957 (GBL Teil II S. 37)	18
IV. Export und Absatz	
9. Anweisung über Maßnahmen zur Deckung des vordringlichen Bedarfs an Erzeugnissen des Elektromaschinenbaues vom 28. Februar 1957	19
10. Versandanzeige bei Exportlieferungen in die UdSSR	19
V. Kader	
11. Verbesserung der Kaderarbeit	19
VI. Arbeit	
12. Zusätzliche Altersversorgung bei Delegation zu einem Industrieministerium	20

I. Bekanntmachungen

1. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Auftragslenkung bei Guß- und Schmiedestücken
Vom 8. Februar 1957

Zur Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung der Verbraucher mit Guß- und Schmiedestücken wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 1 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

1.

1. Der Minister für Berg- und Hüttenwesen wird beauftragt, bei der Hauptverwaltung Glebereien eine „Zentrale Gußleitstelle“ einzurichten. Der Leiter der Zentralen Gußleitstelle hat die Stellung eines Stellvertreters des Hauptverwaltungsleiters.

2. Die Zentrale Gußleitstelle hat die Voraussetzungen für die bestmögliche Auslastung und die planmäßige Erweiterung der Kapazitäten sämtlicher Glebereien der zentral geleiteten und der volkseigenen örtlichen Industrie zu schaffen. Der Zentralen Gußleitstelle sind daher insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse zu übertragen:

- die systematische Ermittlung der Glebereikapazitäten unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen der Betriebe,
- die Prüfung und Koordinierung der Perspektivpläne sowie der Investitions- und Generalreparaturpläne der Planträger zur Modernisierung, Spezialisierung und Erweiterung der Glebereikapazitäten nebst Ausarbeitung der entsprechenden Kennziffern,
- die rechtzeitige Ermittlung des Bedarfes an Gußstücken über die Hauptbedarfsträger und die Prüfung der Bedarfsmeldungen.

- b) die Zusammenstellung der Bedarfsmeldungen der Hauptbedarfsträger für die Gliederbetriebe sowie die Materialsteuerung für die Einsatz- und Hilfsstoffe:

Roh Eisen, Hamatit, Gußbruch, Stahlschrott, NE-Blockmaterial, Koks, feuerfestes Material, Temperetz,

einschließlich der Verteilung der Kontingente an die Hauptbedarfsträger sowie der Kontrolle über Verwendung und Bedarf dieser Einsatz- und Hilfsstoffe, wobei die Zentrale Gußleitstelle über von ihr gestellte Überplanbestände anderweitig verfügen kann.

3. Die Bedarfsträger können die Hilfe der Zentralen Gußleitstelle bei der Unterbringung von Aufträgen in Anspruch nehmen.

4. Soweit von den Maßnahmen nach Absatz 2 Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie betroffen werden, hat die Zentrale Gußleitstelle den zuständigen Rat des Bezirkes zu unterrichten und zu hören.

II.

1. Der Minister für Berg- und Huttenwesen wird ferner beauftragt, bei der Hauptverwaltung Eisenindustrie eine Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse einzurichten.

2. Die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse hat die in Ziffer I, Absätze 2 bis 4, festgelegten Pflichten und Befugnisse sinngemäß wahrzunehmen.

III.

Die Zentrale Gußleitstelle und die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse haben ihre Tätigkeit am 1. März 1957 aufzunehmen.

IV.

Der Haushaltsplan und der Stellenplan des Ministeriums für Berg- und Huttenwesen für das Planjahr 1957 sind im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen entsprechend zu ergänzen.

Berlin, den 2. Februar 1957

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

Die in Betracht kommenden Betriebe werden angewiesen, die Zentrale Gußleitstelle und die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse nicht vor dem 1. April 1957 in Anspruch zu nehmen.

2. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Vom 2. Februar 1957

Die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft erfordert die ständige und heftige Solidarität der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, insbesondere in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Deshalb ist es eine politische Verpflichtung für die Arbeiter in unserer volkseigenen Industrie, die weitere sozialistische Entwicklung in unserer Landwirtschaft durch kameradschaftliche Hilfe für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu unterstützen.

Um hierzu Hinweise und Anregungen zu geben, hat das Präsidium des Bundesrates des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Programm von Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe und anderer staatlicher Einrichtungen für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beschlossen. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 2. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

1. Die Fachminister haben darauf hinzuwirken, die ihnen unterstellten Betriebe für das Jahr 1957 fristig neue Patenschaftsverträge mit Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) schließen. Dabei sollen solche LPG bevorzugt werden, welche noch mit Aufbau- und Organisationschwierigkeiten zu kämpfen haben.

2. Die Patenschaftsverträge sind auf Seiten des Betriebes sowohl von einem Vertreter der Werkleitung wie auch von einem Beauftragten der Betriebsgewerkschaftsleitung zu unterzeichnen. Die danach vorgesehene Patenschaftshilfe ist unter breiter Mitwirkung der Betriebsleitung zu organisieren.

II.

In die Patenschaftsverträge sind Verpflichtungen aufzunehmen, die sowohl eine politisch-ideologische Förderung wie auch eine praktische und materielle Unterstützung der LPG durch den Patenbetrieb zum Inhalt haben. Dazu gehört auch die Unterstützung der LPG durch Arbeitseinsätze und Materialzuwendungen aus inneren Reserven der Patenbetriebe.

III.

1. Bei der Gestaltung und Durchführung der Patenschaftsverträge ist besonderer Wert darauf zu legen, daß folgende Maßnahmen vorbereitet und realisiert werden:

- a) Für den weiteren Ausbau der LPG sind geeignete Fachkräfte wie Ingenieure, Konstrukteure, Architekten, Baufachleute und Meister zu gewinnen, die der LPG bei dem Umbau und Ausbau von Wirtschaftsgebäuden und Wohnhäusern sowie bei der Innenmechanisierung Ratschläge geben und die Ausarbeitung von Projektierungs- und Konstruktionsplänen übernehmen.

b) Zu fördern ist auch die Kleinmechanisierung, z.B. der Bau von Futterküchen und Selbsttränken und der Einsatz von Elektrokarren.

c) Bei der Ausführung von Reparaturen an Wirtschafts- und Wohngebäuden sowie an Maschinen und Geräten, bei der Durchführung von Um- und Ausbauten, bei der Mechanisierung und Technisierung wie auch bei der Errichtung von Wasseranlagen und elektrischen Anschlüssen sollen die Patenbetriebe die LPG durch den Einsatz von Spezialisten und Facharbeitergruppen unterstützen.

d) Weitere wirksame Hilfe ist den LPG in Fragen der Wirtschaftsführung, der Arbeitsorganisation, der Organisierung von Wettbewerben, der Anwendung von Prämiensystemen und der Übermittlung technischer Kenntnisse dadurch zu gewähren, daß qualifizierte Mitarbeiter der Patenbetriebe entsprechende Belehrung und Anleitung geben. Zugleich sind den Angehörigen der LPG durch Übernahme von Referaten und Vorträgen in Genossenschafts- und Dorfversammlungen die Politik unserer Arbeiter und Bauern-Macht, aktuelle ökonomische Fragen und wichtige gesetzliche Bestimmungen durch geeignete Mitarbeiter der Patenbetriebe zu erläutern.

2. Die Hilfe der Patenbetriebe soll sich nach Möglichkeit auch auf das Ausleihen von Baumaschinen, Geräten und Transportmitteln, die Herstellung bestimmter Ersatzteile und die Anfertigung von Baubeschlägen beziehen, die vielfach aus Schrott und Materialabfällen hergestellt werden können.

IV.

1. Die Betriebe haben für die von ihnen nach Ziffer III durchgeführten vertraglichen Leistungen nur die Kosten für Arbeit und Material zu berechnen, die unmittelbar durch die Leistung entstanden sind. Gemeinkosten, Gewinn und Produktionsabgabe sind nicht zu berechnen. Das Nähere bestimmt der Minister der Finanzen durch eine diesbezügliche Anweisung.

2. Allmaterial (Wasserrohre, Heizungsrohre u. dgl.) ist zu Schrottpreisen zu berechnen.

d) die Zusammenstellung der Bedarfsmeldungen der Hauptbedarfsträger für die Gießereibetriebe sowie die Materialsteuerung für die Einsatz- und Hilfsstoffe:

Roheisen, Hämmit, Gußbruch, Stahlschrott, NE-Blockmaterial, Koks, feuerfestes Material, Temperierz,

einschließlich der Verteilung der Kontingente an die Hauptbedarfsträger sowie der Kontrolle über Verwendung und Bedarf dieser Einsatz- und Hilfsstoffe, wobei die Zentrale Gußleitstelle über von ihr festgestellte Überplanbestände anderweitig verfügen kann.

3. Die Bedarfsträger können die Hilfe der Zentralen Gußleitstelle bei der Unterbringung von Aufträgen in Anspruch nehmen.

4. Soweit von den Maßnahmen nach Absatz 2 Betriebe der volkseigenen örtlichen Industrie betroffen werden, hat die Zentrale Gußleitstelle den zuständigen Rat des Bezirks zu unterrichten und zu hören.

II.

1. Der Minister für Berg- und Huttenwesen wird ferner beauftragt, bei der Hauptverwaltung Eisenindustrie eine Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse einzurichten.

2. Die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse hat die in Ziffer I, Absätze 2 bis 4, festgelegten Pflichten und Befugnisse sinngemäß wahrzunehmen.

III.

Die Zentrale Gußleitstelle und die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse haben ihre Tätigkeit am 1. März 1957 aufzunehmen.

IV.

Der Haushaltsplan und der Stellenplan des Ministeriums für Berg- und Huttenwesen für das Planjahr 1957 sind im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen entsprechend zu ergänzen.
Berlin, den 8. Februar 1957

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

Die in Betracht kommenden Betriebe werden angewiesen, die Zentrale Gußleitstelle und die Abteilung für Planung und Auftragslenkung der Schmiedeerzeugnisse nicht vor dem 1. April 1957 in Anspruch zu nehmen.

2. Verfügung über Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

Vom 8. Februar 1957

Die sozialistische Umgestaltung in der Landwirtschaft erfordert die ständige und heftende Solidarität der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, insbesondere in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Deshalb ist es eine politische Verpflichtung für die Arbeiter in unserer volkseigenen Industrie, die weitere sozialistische Entwicklung in unserer Landwirtschaft durch kameradschaftliche Hilfe für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu unterstützen.

Um hierzu Hinweise und Anregungen zu geben, hat das Präsidium des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Programm von Maßnahmen zur Verbesserung der Patenschaftsarbeit der volkseigenen Industriebetriebe und anderer staatlicher Einrichtungen für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beschlossen. Zur Verwirklichung dieser Maßnahmen wird auf Grund des § 23 der Arbeiter-Maßnahmen vom 24. November 1953 und nach Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministeriales vom 8. Dezember 1953 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

1. Die Fachminister haben darauf hinzuwirken, die ihnen unterstellten Betriebe für das Jahr 1957 fristig neue Patenschaftsverträge mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) schließen. Dabei sollen solche LPG bevorzugt werden, welche noch mit Aufbau- und Organisationschwierigkeiten zu kämpfen haben.

2. Die Patenschaftsverträge sind auf Seiten des Betriebes sowohl von einem Vertreter der Werkleitung wie auch von einem Beauftragten der Betriebsgewerkschaftsleitung zu unterzeichnen. Die danach vorgesehene Patenschaftshilfe ist unter breiter Mitwirkung der Betriebschaft zu organisieren.

II.

In die Patenschaftsverträge sind Verpflichtungen aufzunehmen, die sowohl eine politisch-ideologische Förderung wie auch eine praktische und materielle Unterstützung der LPG durch den Patenbetrieb zum Inhalt haben. Dazu gehört auch die Unterstützung der LPG durch Arbeitseinsätze und Materialzuwendungen aus inneren Reserven der Patenbetriebe.

III.

1. Bei der Gestaltung und Durchführung der Patenschaftsverträge ist besonderer Wert darauf zu legen, daß folgende Maßnahmen vorbereitet und realisiert werden:

- Für den weiteren Ausbau der LPG sind geeignete Fachkräfte wie Ingenieure, Konstrukteure, Architekten, Baufachleute und Meister zu gewinnen, die der LPG bei dem Umbau und Ausbau von Wirtschaftsgebäuden und Wohnhäusern sowie bei der Innenmechanisierung Ratschläge geben und die Ausarbeitung von Projektierungs- und Konstruktionsplänen übernehmen.
- Zu fördern ist auch die Kleinmechanisierung, z. B. der Bau von Futterküchen und Selbsttränken und der Einsatz von Elektrokarren.
- Bei der Ausführung von Reparaturen an Wirtschafts- und Wohngebäuden sowie an Maschinen und Geräten, bei der Durchführung von Um- und Ausbauten, bei der Mechanisierung und Technisierung wie auch bei der Errichtung von Wasseranlagen und elektrischen Anschlüssen sollen die Patenbetriebe die LPG durch den Einsatz von Spezialisten und Facharbeitergruppen unterstützen.
- Weitere wirksame Hilfe ist den LPG in Fragen der Wirtschaftsführung, der Arbeitsorganisation, der Organisierung von Wettbewerben, der Anwendung von Prämiensystemen und der Übermittlung technischer Kenntnisse dadurch zu gewähren, daß qualifizierte Mitarbeiter der Patenbetriebe entsprechende Belehrung und Anleitung geben. Zugleich sind den Angehörigen der LPG durch Übernahme von Referaten und Vorträgen in Genossenschafts- und Dorfversammlungen die Politik unserer Arbeiter- und Bauern-Macht, aktuelle ökonomische Fragen und wichtige gesetzliche Bestimmungen durch geeignete Mitarbeiter der Patenbetriebe zu erläutern.

2. Die Hilfe der Patenbetriebe soll sich nach Möglichkeit auch auf das Ausleihen von Baumaschinen, Geräten und Transportmitteln, die Herstellung bestimmter Ersatzteile und die Anfertigung von Baubeschlüssen beziehen, die vielfach aus Schrott und Materialabfällen hergestellt werden können.

IV.

1. Die Betriebe haben für die von ihnen nach Ziffer III durchgeführten vertraglichen Leistungen nur die Kosten für Arbeit und Material zu berechnen, die unmittelbar durch die Leistung entstanden sind. Gemeinkosten, Gewinn und Produktionsabgabe sind nicht zu berechnen. Das Nähere bestimmt der Minister der Finanzen durch eine diesbezügliche Anweisung.

2. Altmaterial (Wasserrohre, Heizungsrohre u. dgl.) ist zu Schrottpreisen zu berechnen.

Leistungen, welche kurzfristige Aufträge darstellen, die innerhalb von vier Stunden beansprucht sind nicht zu berücksichtigen.

Die Anforderungen neuer Materialien in großen Umfang vorgesehen, so ist die Freigabe und die Regelung der Kosten bei dem zuständigen Fachministerium zu beantragen.

den 8. Februar 1957

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

1. Auswertung des überbetrieblichen Wettbewerbes 1956 der Erfinder und Rationalisatoren im volkseigenen Schwermaschinenbau

Die Zentrale Wettbewerbskommission führte eine Schlußauswertung des überbetrieblichen Wettbewerbes 1956 der Erfinder und Rationalisatoren im volkseigenen Schwermaschinenbau nach sorgfältiger Überprüfung der Ergebnisse der durch die Leit-Büro des Schwermaschinenbaues in Vorschlag gebrachten Siegerbetriebe durch.

Insgesamt hat sich der Nutzen aus den 1956 realisierten Erfindungen, Verbesserungsvorschlägen und Ingenieurkonten gegenüber 1955 um 40 Prozent erhöht. Der Bestand an nicht abgeschlossen bearbeiteten Vorgängen wurde von 14,6 Prozent am Ende des Jahres 1955 auf 11,4 Prozent am Ende des Jahres 1956 im Durchschnitt des gesamten volkseigenen Schwermaschinenbaues gesenkt.

Statt der im Aufruf zum Wettbewerb der Erfinder und Rationalisatoren – veröffentlicht in VuM des MfS Nr. 156 – vorgesehenen Abschlußprämierung von fünf Betrieben, hat die Wettbewerbskommission beschlossen, acht Betriebe mit einer Prämie von insgesamt 1000,- DM auszuzeichnen, weil 36 Prozent aller am Wettbewerb beteiligten Betriebe die beiden Wettbe-

weitziele erreicht und zum Teil wesentlich überschritten haben.

Die acht Siegerbetriebe sind:

	Prämie
VEB Brauereimaschinenfabrik Halle	DM 3000,-
VEB Schalengerätewerk, Werdau	DM 3000,-
VEB Maschinen- u. Zahnradfabrik Gotha	DM 3000,-
VEB Druckmaschinenwerk Victoria Heilbrunn	DM 6000,-
VEB Maschinen und Apparatebau Grimma	DM 3000,-
VEB Dampfkesselbau Dresden-Übigau	DM 3000,-
VEB Press- und Schmiedewerk „Hein Fink“ Wismar	DM 2000,-
VEB Dieselmotorenwerk Rostock	DM 1500,-

Bei der Bemessung der Prämie für die acht Siegerbetriebe wurde nicht nur der Erfüllungsstand der beiden Wettbewerbsziele, sondern auch die gesamte Tätigkeit auf dem Gebiet des Erfindungs- und Vorschlagswesens in diesen Betrieben berücksichtigt. Die Auszeichnung und Prämierung der Betriebe erfolgte im Monat März 1957 durch die Hauptverwaltungen.

Außer den acht Siegerbetrieben wurden für besondere Einzelleistungen bei der Organisierung und Durchführung des Wettbewerbes 12 Mitarbeiter und 18 Kollektive ausgezeichnet und prämiert.

Die Leitung des Ministeriums für Schwermaschinenbau und der Zentralvorstand der Industrie-Gewerkschaft Metall sprechen sich am Wettbewerb der Erfinder und Rationalisatoren beteiligten Betrieben und Mitarbeitern ihren Dank für diese Leistungen aus und erwarten, daß sich die Initiative im Jahre 1957 noch weiter erhöht und damit die Ergebnisse auf diesem wichtigen Gebiet ständig verbessert werden. Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung des Materialeinsatzes und Senkung der Kosten sind die Hauptaufgaben.

II. Materialwirtschaft

1. Maßnahmen zur Verbesserung der Brennstoffsituation

In Auswertung des 30. Plenums des ZK der SED ist es erforderlich, auch im Bereich des Schwermaschinenbaues den Kohlenverbrauch einzuschränken und einen strengen Maßstab in der Verteilung der Kohle anzuwenden, um jeden unrationellen Verbrauch auszuschalten. Besonders schwierig ist die Situation in der Steinkohlen- und Koksversorgung, da seit Beginn des IV. Quartals 1956 einige vorgesehene Importe nicht durchgeführt werden konnten. Es ist deshalb 1957 erforderlich, die Feuerungsanlagen verstärkt auf ballastreiche Brennstoffe umzustellen, um den Verbrauch von hochwertigen Brennstoffen weiter einzuschränken.

Zur Verbesserung der Brennstoffversorgung haben die Werkeleiter weiter folgendes zu beachten:

1. Lagerwirtschaft:

80 Prozent der dem Ministerium für Schwermaschinenbau unterstellten Betriebe lagern hochwertige Brennstoffe im Freien ohne Überdachung. Hierdurch sind im Durchschnitt 10 Prozent Wärmeverluste zu verzeichnen. Notwendig ist zumindest das provisorische Abdecken mit Matten. In diesem Zusammenhang wird auf die Broschüre „Zweckmäßiges Lagern fester Brennstoffe“ hingewiesen. (Erschienen im Verlag: Deutscher Zentralverlag Berlin, Verlagslizenz 4 [645.52 L]).

2. Bedienung und Pflege der Anlagen:

Der innere und äußere Zustand der Kesselanlagen hat einen erheblichen Einfluß auf den Wirkungsgrad. Sorgfältige Pflege der Anlagen, regelmäßiges Säubern der Heizflächen, gutes Dichthalten der Rauchgasabzüge, sorgfältige Isolierung der Rohrleitungen, Rücklaufleitungen, Flanschen und Ventile sind Grundbedingungen.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die sach- und fachgemäße Bedienung der Kesselanlagen hingewiesen werden. Dies bedingt eine weitere Qualifizierung des Bedienungspersonals in Kursen und Schulungen zu staatlich geprüften Heizern vorzunehmen.

3. Brennstoffverbrauchsnormen

a) Grundsätzliches:

Eine Einsparung von Brennstoffen ist dadurch zu erzielen, daß eine Heizungsanlage streng nach den jeweils herrschenden Außentemperaturen gefahren wird.

Wichtigste Grundlage ist das Vorhandensein einer einwandfreien Brennstoffverbrauchsnorm und die verstärkte Einführung von „Persönlichen Konten“ für die Heizer und das wärmetechnische Personal.

(Vgl. Anordnung vom 26. Juli 1955 über die Gewährung von Prämien für die Einsparung von festen Brennstoffen [GBL I, S. 551]).

b) Meß- und Regelgeräte:

Um die Normenarbeit weiter zu entwickeln, ist es unbedingt erforderlich, größere Anlagen mit

– Dampfmengenmesser, Speisewasserzähler und CO₂-Schreiber –

und kleinere Anlagen mit

– Zuggewichte und Abgasthermometer –

auszurüsten.

Durch das Fehlen dieser Instrumente muß bei einem großen Teil der Betriebe blindgefahren und der Verbrauch geschätzt werden. Die Abrechnung M 10 K – Material-Eingangs- und Ver-

Bruchabrechnung – für feste Brennstoffe wird dadurch auf unrealer Basis gearbeitet. Auf die Termineinhaltung bezüglich des Meldewesens muß sorgfältig geachtet werden.

Ein weiterer Mißstand ist das Fehlen von täglichen Aufzeichnungen der Heizer über Brennstoffverbrauch usw., wodurch eine exakte Erarbeitung von Brennstoffverbrauchsnormen erschwert wird.

4. Umstellung der Feuerungsanlagen:

Durch Einbau von Einsatzrosten in bestimmten Kesseltypen, die nur geringe Mittel in Anspruch nehmen, kann der Verbrauch von hochwertigen Brennstoffen gesenkt und Rohbraunkohle mit einem besseren Wirkungsgrad nutzbar gemacht werden.

Für Umstellungsmaßnahmen bzw. für die Anschaffung von Meß- und Regelgeräten werden durch die Deutsche Notenbank Kredite zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang wird auf die Verordnung vom 14. 12. 1956 über die Kreditgewährung an volkseigene Betriebe zur Unterstützung der Einführung der neuen Technik und der Verbesserung der Rentabilität (GBL 1957 I S. 3) und die dazu ergangene I. Durchführungsbestimmung vom 29. 12. 1956 (GBL 1957 I S. 80) verwiesen.

5. Hinweise für Neuprojektierungen:

Bei Neu- und Umbau von Heizungsanlagen bzw. Kesselhäusern ist bei der Projektierung darauf zu achten, daß nur solche Aggregate zum Einsatz kommen, die die Möglichkeit bieten, geringwertige Brennstoffe mit bestem Wirkungsgrad zu verwenden.

den. Eine strenge Überprüfung der Projekte in dieser Hinsicht ist in Zusammenarbeit mit den zuständigen Inspektionen der Zentralstelle für Volkswirtschaft erforderlich.

6. Beschaffung von rentablen Dauerbrand-Füllöfen (für Heizzwecke)

Es muß wiederholt festgestellt werden, daß zur Beheizung von Kultur- bzw. Verwaltungsräumen, Speisesälen und Lehrkombinaten Öfen aufgestellt wurden, in denen nur hochwertige Brennstoffe eingesetzt werden können. In einigen Werkhallen wurden zur zusätzlichen Beheizung Kokskörbe aufgestellt.

Hier müssen, um den volkswirtschaftlichen Belangen Rechnung zu tragen, schnell Änderungen eintreten.

Der VEB (K) Baumaschinen Taucha bei Leipzig hat einen Dauerbrand-Füllöfen, der zum Einsatz für Förderkohle vorgesehen ist, konstruiert und die Serienfertigung aufgenommen. Der Ofen besitzt 15 000 WE und nimmt sehr wenig Raum in Anspruch. Der Anschaffungspreis bei der größten Type – BO 3 – liegt bei 400,- DM.

Den Betrieben, die durch Aufstellung solcher Öfen hochwertige Brennstoffe einsparen können, wird empfohlen, sich mit dem VEB Baumaschinen Taucha bei Leipzig in Verbindung zu setzen. Dieser Betrieb, in dem weitestgehend bei dieser Produktion auf örtliche Reserven zurückgegriffen wird, ist gegebenenfalls durch die Bereitstellung von Blechen zu unterstützen.

III. Buchhaltung und Revision

1. Grundsätzliche Hinweise und Festlegungen für die Bereiche des Ministeriums für Schwermaschinenbau zur Lohnfondskontrolle 1957

Für die Lohnfondskontrolle 1957 auf Grund der Anordnung zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft (GBL Teil I S. 82) ist nach Abstimmung mit der Zentrale der Deutschen Notenbank folgendes zu beachten:

1. Die Gliederung des Lohnfonds ist mit folgender Ausnahme nach dem § 2 der Anordnung vorzunehmen:

Der in der Kontengruppe 34 enthaltene direkte Grundlohn für Forschungs- und Entwicklungsleistungen (A. Entwicklung) ist nicht im Lohnfonds A, sondern im Lohnfonds B im Plan und ist abzurechnen, da die Forschungs- und Entwicklungsleistungen nicht Bestandteil der Warenproduktion sind und der Lohn nicht steigerungsfähig ist.

Die im Formblatt 0208 „Betriebsplan 1957 – Plan 51“ unter nichtindustrielles Personal als Grundlohn innerhalb der Kontengruppe 34 geplanten Löhne für den Plan der Forschung und Entwicklung (A. Entwicklung) sind bei dem Plan Lohnfonds A abzusetzen und dem Plan Lohnfonds B zuzurechnen. Die Istabrechnung ist in der gleichen Art durchzuführen.

Die Zweiteilung des Lohnfonds – nach § 2 – ist eine Erleichterung für die Aufteilung auf die einzelnen Monate. Diese kann benutzt werden unter Anlehnung an das Rechnungswesen wie folgt durchgeführt werden:

Gesamtlohnfonds

Lohnfonds B

des Hilfslohn und Prämien für Planerfüllung, Lohnausbildungsprämien, Treueprämien (verhältnismäßig konstante Lohnteile)

Lohnfonds A

des Grundlohn und anteiligen Zuschläge und Zusatzlohn eines Grundlohn für A. Entwicklung.

Im Interesse der Arbeitereinfachung – durch die Zweiteilung des Lohnfonds – müssen bestimmte Abweichungen in Kauf genommen werden. Der Nachweis für Planabweichungen muß der betrieblichen Lohnfondsanalyse vorbehalten bleiben. Es können im Lohnfonds A einzelne Lohnkosten, wie z. B. Zuschläge, Zusatzlohn und auch ein Teil der Löhne für Produktionshilfsarbeiter nur teilweise proportional von der Produktionsplanerfüllung abhängig sein. Dadurch werden die Betriebe, die ihren Plan übererfüllen, bevorzugt. Im Lohnfonds B können die Lohnkosten für Absatz und Versandleistungen und die für Prüffeldingenieure, Konstrukteure und Skizzenzeichner steigerungsfähig sein. Diesem Umstand wird jedoch in der Anordnung zu § 3, Abs. 5 Rechnung getragen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Projektoren in den Anlagenbaubetrieben, deren Lohnanteile im Lohnfonds A geplant und auch dort abgerechnet werden müssen. Die Projektierungsarbeiten sind bei diesen Betrieben abrechnungsfähige Leistungen des einzelnen Auftrages. Die Projektierung ist bereits Auftrag und damit ein Teil der Gesamtleistung.

2. Für die einem fremden Betrieb zeitweilig zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte hat der abgebende Betrieb die Löhne von seinem Ist-Lohnfonds statisch abzusetzen. Eine Berichtigung des Ist-Lohnfonds des Betriebes, der die fremden Arbeitskräfte beschäftigt, ist nicht vorzunehmen, da diese Lohnkosten bei ihm „fremde Lohnarbeit“ sind und von der Bemessungsgrundlage abgesetzt werden.

3. Die produktiven Lehrlingsleistungen sind in der Bemessungsgrundlage auf Basis Facharbeiter – wie auch geplant – mit enthalten, so daß eine Berichtigung der Bemessungsgrundlage nicht durchzuführen ist.

4. Für die Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds A im Verhältnis zum Stand der Erfüllung der Planaufgaben ist als Bemessungsgrundlage die Warenproduktion zu Produktionszeit.

kosten (1) Bestandsänderung der unvollendeten Produktion zu Produktionsseibskosten abzüglich Kontengruppe 31 (Grundmaterial einschließlich bezogene Teile, fremde Lohnarbeit, Handelsware) zugrunde zu legen. Diese Bemessungsgrundlage ist im Plan und Ist anzuwenden.

Durch die Gegenüberstellung der Bestandsänderung der unvollendeten Produktion zu Produktionsseibskosten und der Erfüllung der Warenproduktion zu Produktionsseibkosten wird erreicht, daß das Produktionsvolumen vergleichbar wird und damit die vorgenommene Addition sinnvoll ist.

Die den beiden Hauptverwaltungen

Chemie-, Bau- und Hartzerkleinerungsmaschinen und Nahrungs-, Genußmittel- und Verpackungsmaschinen,

unterstellten Betriebe, die im Planjahr 1957 die folgenden Fremdleistungen in der Gruppe 33 planten, haben diese im Plan und Ist gleichfalls abzusetzen und zwar

Kto. 3362 „Kooperation aus Gründen der Spezialisierung“

Kto. 3383 „Kooperation infolge fehlender Kapazität“

Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden lediglich Anlagenbaubetriebe, die die Erfüllung der beantragten Leistung lt. Produktionsberichterstattung - Formblatt 11 - zugrunde legen. Es sind also die über die staatlichen Aufgaben hinaus im Einsatz geplanten fremden Montagmaterialien und einzubauenden Apparaturen und Geräte usw. nicht zu berücksichtigen.

5. Die bisher für die Lohnfondskontrolle geforderten zusätzlichen Meldungen der Betriebe fallen weg. Der erforderliche Nachweis - nach § 3, Absatz 4 und 5 - ist nur noch für die entsprechenden Angaben in den Finanzberichten - Formblatt 61 - der Betriebe bzw. den zusammenfassenden Berichten der Hauptverwaltung und des Ministeriums zu führen. Besondere Hinweise für die Angaben im Formblatt 61 zu IV. „Kontrolle über die Inanspruchnahme des Lohnfonds“ sind nicht notwendig, da dieser Teil gegenüber 1956 unverändert geblieben ist.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß - von den Betrieben gemäß den Erläuterungen zum Formblatt 61 im Teil IV, Position 2, Spalte 3 des Formblattes - die tatsächliche Planlohnsumme und nicht die in Relation zur Planerfüllung umgerechnete Planlohnsumme einzusetzen ist.

In der Rubrik „Bemerkungen“ ist als Davonwert der in der Position 2, Spalte 4 enthaltene Lohnzuschlag auf Grund der Einführung der 45-Stunden-Woche anzugeben.

6. Bei dem monatlichen Nachweis des Verhältnisses der Lohnfondsinanspruchnahme zum Stand der Erfüllung der Planaufgaben werden die Festlegungen der §§ 5 und 6 in der Anlage erst nach Ablauf des Berichtsquartales wirksam. Bis zu diesem Zeitpunkt die Lohnfondsinanspruchnahme nicht berücksichtigt wurde. Eine Aufklärung der Betriebe, die das geplante Betriebsergebnis nicht erreichten (dazu § 8, Abs. 1). Die monatliche Entwicklung des Lohnfonds wird jedoch durch zwischenzeitliche Einführung von Maßnahmen durch die Lohnfondskontrolle durchführende Kreditabteilung verfolgt.

Durch eine stärkere Orientierung auf die Einhaltung des Gesamtlohnfonds wurde hinsichtlich der Verwendung von Einsparungen im Lohnfonds B für Überschreitungen im Lohnfonds A sowohl für die Betriebe (dazu § 5, Abs. 5) als auch für die Hauptverwaltungen (dazu § 6, Abs. 4) eine größere Flexibilität gegeben.

8. Für die Einsparungsverpflichtungen der Betriebe (dazu § 5, Abs. 6) als auch für die Genehmigung der Hauptverwaltungen (dazu § 6, Abs. 2) werden die die Verlingerung der Termine bezügliche Festlegungen getroffen.

9. Das bisherige Umsetzungsverfahren wird durch die globale Deckungsprüfung der aktuellen Gesamtanforderungen bei der Hauptverwaltung ersetzt (dazu § 7, Abs. 2). Die bisher vorgeschriebenen Sperrungen von Lohnfondseinsparungen der Betriebe entfallen. Durch die Prüfungen bei der Hauptverwaltung (dazu § 7, Absatz 3) wird erreicht, daß das Gesamtanforderungsverfahren nicht formal gehandhabt wird, sondern zu Unterstützungsmaßnahmen der Hauptverwaltung führt.

10. Die vorgesehenen Ausnahmeregelungen (dazu § 8, Abs. 2) sind besonders dafür gedacht, bei massenhaft auftretenden objektiven Schwierigkeiten Änderungen im System der Maßnahmen und der Kontrolle für eine bestimmte Zeit eintreten zu lassen.

11. Die für den Fall von Lohnfondsubventionen in der Anordnung vorgesehenen Maßnahmen werden nicht eingeleitet, wenn in den Produktionsbetrieben durch die im Zuge der weiteren Mechanisierung und Automatisierung notwendig werdende Verstärkung des ingenieur-technischen Personals eine Überschreitung des Lohnfonds B eintritt, die durch Einsparungen im Lohnfonds A gedeckt ist.

Durch diese erläuternden Hinweise und Festlegungen zu der Anordnung zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der Volkswirtschaft und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft werden die in „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 3/1956 veröffentlichten „Zusätzliche Hinweise für die Betriebe des Ministeriums für Schwermaschinenbau zur Lohnfondskontrolle 1956“ aufgehoben.

6. Hinweise zur Anordnung über die Behandlung der Umbewertung richtsatzgebundener Bestände vom 7. 1. 1957 (GBl. Teil II, S. 38)

Für die Durchführung der obigen Anordnung wird noch zusätzlich auf folgendes hingewiesen:

1. Bei den Materialvorräten handelt es sich um alle Bestandspositionen des Richtsatzplanes für die Materialvorräte.
2. Die unvollendete Produktion ist zu Produktionsseibkosten zu bewerten. Dabei sollen bei Massen- oder Großserienfertigung die Planproduktionskosten und bei Kleinserien- und Einzelfertigung die Istgrundkosten zuzüglich des Plangeinkostenzuschlages angesetzt werden.
3. Die Fertigerzeugnisse sind zu Gesamtseibkosten zu bewerten. Dabei sollen bei Massen- und Großserienfertigung die Plangesamtseibkosten und bei Kleinserien- und Einzelfertigung die Istgrundkosten zuzüglich des Plangeinkostenzuschlages angewandt werden.
4. Die Höhe der Umbewertung ist im Finanzplan im übrigen Ergebnis zu planen. Der Ausgleichsbetrag dieser Umbewertung ist aus der betrieblichen Akkumulation zu finanzieren.
7. Hinweise zur Anordnung über die Abwertung und Verschrottung von materiellen Umlaufmitteln in volkswirtschaftlichen Industriebetrieben vom 7. 1. 1957 (GBl. Teil II, S. 38)

Bei der Durchführung der Anordnung ist folgendes zu beachten:

A. Abwertung

1. Bei den Materialvorräten, die abgewertet werden können, handelt es sich um die Richtsatzplanpositionen für die Materialvorräte. Unter dem Begriff „Bestandseinheit“ sind eine oder mehrere Mengeneinheiten der jeweiligen Planposition bzw. Oberposition zu verstehen.

2. Bestände an unvollendeter Produktion können der Abwertung nur dann unterliegen, wenn es sich um eine Produktion mit normaler Fertigungsdurchlaufzeit handelt (Produktionsdauer der Fertigung in der Regel bis zu 90 Tagen).

Längfristige Fertigung → sowohl nach Baugruppenabrechnung, als auch nach Zeitabschnittsrechnung → unterliegt nicht der Abwertung.

In besonderen Ausnahmefällen → zum Beispiel bei sistierten und annullierten Aufträgen → kann der Hauptverwaltungsleiter eine Ausnahmegeheimung zur Abwertung dieser Bestände geben. Unter dem Begriff „Bestandseinheit“ ist der jeweilige Auftrag zu verstehen.

3. Die Abwertung der Bestände an Fertigerzeugnissen ist entsprechend der Regelung Ziffer 2 zu behandeln. Das gleiche gilt für den Begriff „Bestandseinheit“.

4. Die Materialab- und -aufwertungen sind im Finanzplan nicht zu planen.

Die Abwertungen über TDM 100,- bedürfen der Genehmigung des Ministers. Die entsprechenden Anträge sind mit der Stellungnahme der Hauptverwaltung an die HA Buchhaltung und Revision zu reichen.

Abwertungsbeiträge unter TDM 100,- legen die Hauptverwaltungsleiter branchenbedingt fest. Die Höhe der Werkleiter eigenverantwortlich festsetzen können.

Es ist darauf hingewiesen, daß eine Abwertung vorübergehende → Abwertung von Beständen im Fall statthaft ist. Die Abwertung zum Ausdruck bringen, daß der ursprünglicher Wert im Rechnungswesen wiesen wird, aus verschiedenen Gründen keinen Gebrauchswert mehr haben können.

Jeder Betrieb hat jeder Betrieb eigener Verschrottung.

II. Verschrottung

1. Die Betriebe haben jeweils 4 Wochen nach Quartalschluß die Verschrottungsanträge einzureichen. Diese Verschrottungsanträge dürfen nur Bestand der Umlaufmittelsphäre enthalten, die keinen Gebrauchswert mehr haben und für die eine Weiterverwendung durch das Staatliche Vermittlungskontor für Maschinen und Materialreserven (Hinweis zu GBl. Teil I, Seite 103) nicht mehr möglich ist.

2. Verschrottungsanträge über TDM 100,- müssen dem zentralen Schrottbeauftragten des Ministers genehmigt werden. Für Beträge unter TDM 100,- legen die Hauptverwaltungsleiter branchenbedingt fest, bis zu welcher Höhe der Schrottbeauftragten der Betriebe eigenverantwortlich entscheiden können. Die Verschrottungsanträge müssen vom Werkleiter, dem Schrottbeauftragten, dem kaufmännischen Leiter und dem Hauptbuchhalter unterschrieben sein. Verschrottungen ohne schriftliche Zustimmung dürfen nicht vorgenommen werden.

Buchmäßige Behandlung

Die sich aus Abwertungen von Beständen und Verkauf an das Staatliche Vermittlungskontor für Maschinen und Materialreserven ergebenden finanziellen Auswirkungen sind auf der Kontenart 738 bzw. 783 zu buchen.

Im Jahresfinanzkontrollbericht sind die Konten 738 und 783 aufzuzählen nach Umbewertung, Abwertung von Beständen und Verkauf an das Staatliche Vermittlungskontor für Maschinen und Materialreserven.

D. Übergangsregeln

Die finanziellen Auswirkungen der Abwertung von Beständen und C. für Vorräte, die bis zum 11. 7. 1957 abgeschlossen sind, sind von den Betrieben der Hauptverwaltungen im einrichtlichen Fall bei der Abrechnung der Vermögensgegenstände bekanntzugeben. Die Hauptverwaltungen legen die zusammengefaßten Auswirkungen der ZA Finanzen und Preise vor. Für Vorräte nach dem 11. 7. 1957 entfallen diese Mitteilungen.

A. Hinweise zur Anwendung über die Abwertung der Umlaufmittel- und Grundmittelsphäre vom 1. 1. 1957 (GBl. Teil II, S. 37)

Für die Durchführung der Anwendung ist folgendes zu beachten:

1. Bei den Ersatzteilen muß es sich stets um Reparatur- und Verschleißmaterial handeln, das die Instandhaltung der gesamten Maschinen- und Geräteparkes vorrätig sein muß. Diese Vorräte sind für notwendige werdende Instandhaltungsarbeiten nur in der Höhe durchzuführen, wie sie unter Berücksichtigung der Materiallage wirtschaftlich vertretbar ist. Wirtschaftlich vertretbar ist die Höhe an Vorrat von Reparatur- und Verschleißmaterial, der es ermöglicht, Wartezeiten, Stillstandszeiten und Ausfallzeiten durch Maschinenausfall möglichst auszuschalten.

2. Der 2. planige Vorrat ist mit in der Position „Material des Richtsatzplaners“, und zwar als Position 14 als „nicht zweckgebundene Ersatzteile“ zu erfassen. In der Richtsatzplanposition-Festlegung erhält die durch der zweckgebundene Materialbedarf für Forschung und Entwicklung“ die Richtsatzplanposition-Nr. 15 und die „Handelsware“ die Richtsatzplanposition-Nr. 16.

Der Vorrat an Ersatzteilen ist im Rechnungswesen auf dem Konto 102 „nicht zweckgebundene Ersatzteile“ zu erfassen.

3. Sofern die Betriebe die Höhe der Ersatzteilvorräte im Rahmen ihrer beständigen Umschlagzahl für das Jahr 1957 ändern können, ist die vorgenannte Planungs- und Abrechnungstechnik anzuwenden. Für die Betriebe, die diese Mittel zusätzlich benötigen, kann eine sofortige Einberufung in den Richtsatzplan nicht erfolgen. In diesen Fällen haben die Hauptverwaltungen bis zum 31. 5. 1957 die zusätzlichen Forderungen ihrer Betriebe an die ZA Finanzen und Preise geltend zu machen.

4. Der Zeitpunkt der planmäßigen Einführung der Störreserve wird noch geändert bekanntgegeben, da erst wichtige technische Vorarbeiten abzuschließen sind, die dann erst für die Richtsatzplanung berücksichtigt werden können.

5. Die Vorarbeiten für eine zentrale Lagerhaltung für bestimmte Ersatzteillisten und Abmessungen sind noch nicht abgeschlossen. Für diese Festlegung erfolgt später eine gesonderte Regelung.

6. Da der Umfang der Ausstattungen bei Neuanlässen als Erstausrüstung und für für Reservegrundmittel auf Grund der Verschiedenheit der Investitionsobjekte bzw. der betrieblichen Notwendigkeiten allgemein hin noch nicht bestimmt bzw. festgelegt werden kann, muß deren Notwendigkeit bei der Planaufstellung für das Ministerium bzw. Hauptverwaltung Berücksichtigung finden. Die HA Planung wird bis zum 31. 7. 1957 die Normplankaturen fertigstellen und die Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen und der Deutschen Investitionsbank vornehmen. Diese Prinzipien können mithin erst für das Planjahr 1958 Anwendung finden.

7. Sofern Reservegrundmittel nicht als Grundmittel, sondern bisher als Umlaufmittel behandelt werden, ist in laufender Rechnung im Jahre 1957 die Umbuchung als „Sonstiger Zugang zum Grundmittelfonds“ und als „Sonstiger Abgang vom Umlaufmittelfonds“ vorzunehmen.

IV. Export und Absatz

1. Anweisung über Maßnahmen zur Deckung des vorrätigen Bedarfs an Erzeugnissen des Elektromaschinenbaus vom 28. Februar 1957

2. Der Versorgung der Industrie und des Außenhandels mit den Erzeugnissen des Elektromaschinenbaus ist unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse die Vorratssicherung zu gewährleisten. Beide Ziele lassen sich nur durch eine zentralisierte Lenkung der Herstellung und Verteilung der Erzeugnisse erreichen. Die Lenkung wird zentralisiert, wenn die Herstellung und Verteilung der Erzeugnisse zentral gelenkt wird. Die Lenkung wird zentralisiert, wenn die Herstellung und Verteilung der Erzeugnisse zentral gelenkt wird.

3. Die Lenkung der Erzeugung und Verteilung der Erzeugnisse des Elektromaschinenbaus wird zentralisiert, wenn die Herstellung und Verteilung der Erzeugnisse zentral gelenkt wird. Die Lenkung wird zentralisiert, wenn die Herstellung und Verteilung der Erzeugnisse zentral gelenkt wird.

4. Die beiden Zentralen Auftragskontrollen (ZAK) haben ihren Sitz in Berlin W 8, Friedrichstraße 58.

III.

(1) Die beiden ZAK sind dem Leiter der Abteilung Export und Absatz der Hauptverwaltung Elektromaschinenbau unterstellt. Aufsichtsorgan ist der Leiter dieser Hauptverwaltung.

(2) Die beiden ZAK setzen sich aus Mitarbeitern der Hauptverwaltung Elektromaschinenbau wie auch von dieser Hauptverwaltung unterstellten Betrieben zusammen.

(3) Der Leiter der Hauptverwaltung Elektromaschinenbau bestimmt die Leiter und die übrigen Mitarbeiter der beiden ZAK.

III.

(1) Die ZAK haben dafür zu sorgen, daß gängige Typen hergestellt werden, die keine besondere Neukonstruktion erfordern. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, eine Dringlichkeit des Bedarfs entsprechende Verteilung der Erzeugnisse vorzunehmen. Zu diesem Zweck haben sie eine überbetriebliche Auftragslenkung durchzuführen.

(2) Kann ein Herstellerbetrieb den an ihn gerichteten Lieferauftrag nicht annehmen oder sich auf die gewünschte Lieferfrist nicht einlassen, so hat die zuständige ZAK zu prüfen, ob

a) der vom Besteller geforderte oder der von dem Herstellerbetrieb vorgeschlagene Liefertermin gerechtfertigt ist,

b) dem Besteller eine vergleichbare Type derselben oder einer anderen Herstellerbetriebs anzuweisen ist,

c) das Erzeugnis nur unter Zurückstellung eines anderen Auftrages (Vertrages) zu liefern ist.

IV.

(1) Erstellen sich zwischen Partnern, die beide dem Ministerium für Schwermaschinenbau unterstellt sind, Unstimmigkeiten über den im Verträge zu vereinbarenden Liefertermin, so hat die zuständige ZAK diesen Termin zu bestimmen.

(2) Die Entscheidung der ZAK ist für die Beteiligten nach Ziffer 2 der Anweisung vom 28. Dezember 1954 über das Verfahren bei Streitfällen, die sich bei Vertragsverhandlungen ergeben (VVM Nr. 13/54, § 2), verbindlich. Das gleiche gilt, wenn die zuständige ZAK die Bestellung nach Ziffer III, Absatz 2, Buchst. b oder c behandelt und die Beteiligten zum Bereich des Ministeriums für Schwermaschinenbau gehören.

(3) Untersteht der Besteller einem anderen Staatsorgan und bestimmt die zuständige ZAK auch in diesem Falle einen anderen als den vom Besteller gewünschten Liefertermin, so stellt dies von dem Leiter der Hauptverwaltung Elektromaschinenbau bestätigte Festlegung zugleich einen Bescheid darüber dar, daß die Lieferung zu dem von dem Besteller gewünschten Termin objektiv unmöglich ist. Damit entfällt eine Inanspruchnahme des Staatlichen Vertragsgerichts zur Durchsetzung der terminlichen Forderung des Bestellers.

(4) Trifft die zuständige ZAK eine von dem Leiter der Hauptverwaltung Elektromaschinenbau bestätigte Entscheidung nach Ziffer III, Absatz 2, Buchst. b oder c gegenüber Besteller, die einem anderen zum Bereich der Kommission für Industrie und Verkehr gehörenden Ministerium zugeordnet sind, so hat auf Grund dieser Entscheidung eine entsprechende Änderung oder Aufhebung der davon betroffenen Verträge zu erfolgen.

10. Versandanzeigen bei Exportlieferungen in die UdSSR

Im Punkt 3 g) der Allgemeinen Bedingungen für den Abschluß von Verträgen zwischen den VEH Deutscher Innen- und Außenhandel und den Lieferbetrieben der Deutschen Demokratischen Republik über Warenlieferungen für den Export (Anlage 1 zur 3. Durchführungsbestimmung der Verordnung über die Durchführung von Exportaufträgen) ist festgelegt, daß die Benachrichtigung vom Versand der Ware dem Besteller telegrafisch bzw. fernschriftlich anzuzeigen ist.

In Ergänzung hierzu hat bei Exporten in die UdSSR diese telegrafische Benachrichtigung künftig an die Handelsvertretung der UdSSR in Berlin W 8, Unter den Linden, zu erfolgen.

Die Absatzabteilungen der Betriebe haben danach zu verfahren.

V. Kader

11. Verbesserung der Kaderarbeit

Das Kollegium des Ministeriums für Schwermaschinenbau hat sich in seiner Sitzung vom 11. Januar 1957 mit der Kaderarbeit beschäftigt und dabei festgestellt, daß sowohl im Ministerium als auch in den Betrieben und sonstigen Institutionen die durch Ministerratsbeschluss vom 30. September 1954 festgelegte Eigenverantwortlichkeit der Leiter für die Kaderarbeit noch nicht überall voll verwirklicht worden ist.

Überprüfungen haben ergeben, daß sich Werkleiter länger als ein halbes Jahr überhaupt nicht um die Probleme der Kaderarbeit gekümmert haben. In anderen Fällen ist die schädliche Trennung bei der Beurteilung

von fachlichen Fragen einerseits und kaderpolitischen Fragen andererseits noch nicht überwunden. Die Leiter entscheiden nach wie vor nur über die fachliche Qualifikation und die Kaderleiter über die kaderpolitische Eignung. Dadurch wird das Prinzip der politischen und ökonomischen Einheit unserer Arbeit verletzt.

1. Die Werkleiter sind für die richtige Durchführung der Kaderpolitik verantwortlich. Daraus folgt,

1. daß die Werkleiter und die von diesen beauftragten Stellvertreter des Werkleiters und die Abteilungsleiter die politisch, fachlich und charakterlich am besten geeigneten Kräfte für die vorgesehenen Tätigkeiten auszuwählen haben.

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Schwermaschinenbau

1957	Berlin, den 29. April	Nr. 4
------	-----------------------	-------

Inhaltsverzeichnis

Aufruf zum Wettbewerb	21
I. Bekanntmachungen	
1. Verfügung über die Planung und Durchführung von Generalreparaturen und Revisionen an Turbinen im Planjahr 1958 sowie über die Ausführung von Havarie-Reparaturen vom 8. März 1957	25
II. Arbeit	
2. Anweisung zur Normenberichterstattung 1957	24
3. Betriebliches Wohnungswesen	24
III. Finanzen und Preise	
4. Bekanntgabe über die Bildung der Betriebspreise für die vom Ministerium für Schwermaschinenbau ab 1. I. 1957 erlassenen Preisanordnungen	25
IV. Planung	
5. Neuanschaffungen von Kraftfahrzeugen aus dem Investitions- und Generalreparaturplan 1957 sowie aus Krediten	26
V. Technologie	
6. Richtlinie zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Neuererbewegung	26
VI. Verschiedenes	
7. Verlegung der HV Glebereien des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen nach Leipzig	30

Aufruf zum Wettbewerb

Aufruf

Arbeiter, Angestellte, Meister, Techniker und Ingenieure der Metallindustrie!

Wir rufen Euch zum überbetrieblichen Wettbewerb der Rationalisatoren und Erfinder der volkseigenen und gleichgestellten Betriebe der Ministerien des Schwer- und Allgemeinen Maschinenbaus 1957 auf.

Im Jahre 1956 haben unsere Erfinder und Rationalisatoren in den Betrieben beider Maschinenbau-Ministerien einen außerordentlichen betrieblichen Wettbewerb 214,7 Mill. DM an Erfindungen und Verbesserungen Nutzen gebracht; gegenüber dem Jahre 1955 eine Steigerung von 44,5 Prozent. Dieser große Erfolg und hat entscheidend zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Deutschen Demokratischen Republik beigetragen. Unsere Erfinder und Rationalisatoren haben durch die Einführung der neuen

Technik und die Anwendung hochproduktiver Arbeitsmethoden wirksam gefördert, damit wir billiger, schneller und besser produzieren können.

Unter der Losung:

„Billiger, schneller, besser produzieren!“

stellen wir uns im Jahre 1957 das Ziel, eine Steigerung des volkswirtschaftlichen Nutzens um mindestens 15 Prozent gegenüber dem Jahre 1956 zu erreichen und die Zeit der Bearbeitung und der Einführung der Erfindungen und Verbesserungsvorschläge und Ingenieurkosten weiter zu verkürzen.

Der Aufruf zum überbetrieblichen Wettbewerb der Erfinder und Rationalisatoren durch die Ministerien des Schwer- und Allgemeinen Maschinenbaus und den Zentralvorstand der IG Metall entspricht den Anregungen vieler Maschinenbauer unserer volkseigenen Betriebe.

Dabei sind die für die Funktionen festgelegten Qualifikationsmerkmale zu beachten,

2. daß die Werkleiter bzw. die von ihnen beauftragten verantwortlichen Stellvertreter und Abteilungsleiter für ihre Bereiche eine Kaderreserve zu schaffen haben,
3. daß Beurteilungen der Leistungen nach kollektiver Beratung von den verantwortlichen Leitern und nicht nur von den Kaderleitern des Betriebes vorzunehmen sind,
4. daß über Einstellungen, Versetzungen und Entlassungen nach Beratung mit dem Kaderleiter die verantwortlichen Leiter unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu entscheiden haben.

II. Aus dieser Aufgabenstellung für die Werkleiter und der von ihnen beauftragten verantwortlichen Leiter ergibt sich die Notwendigkeit, die Arbeitsweise der Kaderabteilungen zu ändern.

1. Die Kaderabteilung übt im Auftrage des Leiters die Kontrolle der Durchführung der Kadernpolitik aus und berät die leitenden Mitarbeiter bei der Auswahl, Förderung und Verteilung der Kader.

2. In jedem Betrieb, die Kaderabteilung des Betriebes

Kontrollgruppe und eine Technische Gruppe

zu gliedern.

Die Kontrollgruppe ist für den Kaderleiter das Instrument zur Prüfung der selbständigen Durchführung der Kaderarbeit.

In der Technischen Gruppe sind insbesondere die Kaderakten zu verwalten, die Stellenangelegenheiten zu führen und das Auswärtswesen zu bearbeiten.

In Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten kann von den Werkleitern mit Zustimmung des zuständigen V-Leiters die Zusammenlegung der Abteilung Kader und der Abteilung Arbeit durchgeführt werden.

Vor der Zusammenlegung sind Vorkehrungen zu treffen, damit sich keine nachteiligen Auswirkungen für die Kaderarbeit in den Betrieben ergeben.

Die Werkleiter werden angehalten, die Kaderarbeit nach den getroffenen Festlegungen durchzuführen.

Die für die Betriebe aufgestellten Grundsätze sind entsprechend auf das Ministerium und die sonstigen Institutionen (Institute, Schulen usw.) des Ministeriums für Schwermaschinenbau anzuwenden.

VI. Arbeit

12. Zusätzliche Altersversorgung bei Delegation zu einem Industrieinstitut

Die in den Verfügungen und Mitteilungen Nr. 750 Ziffer 8 enthaltene Anweisung „Zusätzliche Altersversorgung bei Delegation zu einem Industrieinstitut“ wird hiermit aufgehoben.

Nachdem das Ministerium der Finanzen seine ursprüngliche Stellungnahme zur Beitragszahlung während der Dauer des Studiums an einem Industrieinstitut geändert hat, muß auch während des Studiums an einem Industrieinstitut der entsprechende Beitrag für die Aufrechterhaltung der zusätzlichen Altersversorgung von dem delegierenden Betrieb gezahlt werden.

Apel

Minister für Schwermaschinenbau

Kolleginnen und Kollegen

Durch die Initiative tausender schöpferischer Erfinder und Rationalisatoren haben wir die Kraft gemeinsam die noch ungenutzten Reserven für die Erfüllung der staatlichen Planaufgaben bei verkürzter Arbeitszeit zu erschließen.

Für den überbetrieblichen Wettbewerb der Erfinder und Rationalisatoren im Jahre 1957 stellen wir folgende Bedingungen:

1. Den volkswirtschaftlichen Nutzen im Jahre 1957 gegenüber dem Jahre 1956 im Bereich beider Maschinenbau-Ministerien um 15 Prozent zu steigern.
2. Die Zahl der realisierten Vorschläge (Erfindungen, Verbesserungsvorschläge und Ing.-Konstr.) soll im Jahre 1957 je 100 Kollegen der Gesamtbelegschaft - ausschließlich der Lehrlinge - mindestens 11 betragen.
3. Der Bestand an nicht abschließend bearbeiteten Erfindungen und VV ohne Ing.-Konstr. und ohne Erfahrungsaustauschblätter darf zum Jahresende 1957 nicht mehr als 10 Prozent vom Eingang 1957 einschließlich des Überhangs von 1956 betragen.

Um diesen Wettbewerb auf möglichst realer Basis und weitgehender Vergleichbarkeit zu führen, werden die Betriebe innerhalb der Leit-BfE-Bereiche je nach der Belegschaftsstärke in die Gruppen

1. bis zu 500 Belegschaftsmitglieder
2. von 501 - 1000 Belegschaftsmitglieder
3. von 1001 - 3000 Belegschaftsmitglieder
4. über 3001 Belegschaftsmitglieder

eingeteilt und in bezug auf die Steigerung des Nutzens gegenüber 1956 durch die Wettbewerbskommission der Hauptverwaltung unterschiedlich beurteilt.

I.

Sieger in einem Leit-BfE bzw. Hauptverwaltungsbezirk wird der Betrieb, der von allen 4 Gruppen die Wettbewerbspunkte 2 und 3 am besten erfüllt und außerdem die höchste Nutzenerhöhung erzielt hat.

a) An diesem Wettbewerb sind alle volkswirtschaftlichen und ihnen gleichgestellten Betriebe im Bereich der Ministerien für Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau beteiligt, in denen die Vertrauensmänner-Vollversammlung die Teilnahme beschließen und durch den BfE-Leiter den Ministern und über diese dem Zentralvorstand der IG Metall ihre Bereitschaft mitgeteilt haben.

b) Die Feststellung des Standes der Betriebe im Wettbewerb erfolgt quartalsweise durch die Wettbewerbskommission der Hauptverwaltungen an Hand der Quartalsberichte der Betriebe.

Das Ergebnis wird den Betrieben durch die Leit-BfEs auf ihren gemeinsamen Tagungen mit den BfE-Leitern und dem Vorsitzenden der Kommission für das Rationalisierungs- und Erfindungswesen in der DGL bekanntgegeben.

II.

Jedes Ministerium stellt als Wettbewerbsprämie insgesamt mindestens DM 60.000,- zur Verfügung. Diese Prämiensumme schließt sich für jedes Ministerium wie folgt auf:

- a) DM 20.000,- als Gesamtsumme für 8 Betriebe, die bis zum 31.8.1957 als erste die Bedingungen des Wettbewerbes gem. Punkt 1 bis 3 am weitesten

übererfüllt haben und durch Beschluß der Vertrauensmänner-Vollversammlung am Wettbewerb beteiligt sind.

Abschluß der Eingabe entsprechender Vorschläge bei der Zentralen Wettbewerbskommission der Ministerien für Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau bis zum 15.7.1957.

- b) DM 10.000,- als Gesamtsumme nach Abschluß des Wettbewerbes für die Siegerbetriebe (je 1 Betrieb aus dem Bereich einer Hauptverwaltung des Ministeriums für Schwermaschinenbau und des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau), die die Bedingungen gem. Punkt 1 bis 3 am weitesten übererfüllt haben und durch Beschluß der Vertrauensmänner-Vollversammlung am Wettbewerb beteiligt sind.

Die Auswahl und Feststellung der Siegerbetriebe nach Absatz II a erfolgt durch die Zentrale Wettbewerbskommission. Die Auswahl der Siegerbetriebe nach Absatz II b für die Endauswertung erfolgt auf Vorschlag der Leit-BfEs durch die Wettbewerbskommission der HVen in Zusammenarbeit mit den Leit-BfEs.

Die Auswertung und Überprüfung der Ergebnisunterlagen aus den von den Hauptverwaltungen bzw. deren Leit-BfEs vorgeschlagenen Siegerbetriebe und die endgültige Feststellung der Siegerbetriebe und der zu prämierenden Kollektive, Einzelpersonen usw. erfolgt durch die Zentrale Wettbewerbskommission der Ministerien unter Beteiligung des Zentralvorstandes der IG Metall.

Termin für den Abschluß der Zwischenauswertung
15.8.1957

Termin für den Abschluß der Endauswertung:
28.2.1958

- c) DM 20.000,- als Gesamtsumme nach Abschluß des Wettbewerbes für hervorragende Einzel- und Kollektivleistungen in den Betrieben, die nicht als Siegerbetriebe ausgezeichnet werden können.

Die Prämien für die 8 Betriebe, die nach Absatz II a als erste das Wettbewerbsziel erreicht haben, und die Prämien für die Siegerbetriebe nach Absatz II b sind zur Förderung der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung zu verwenden; z.B. für die Prämien der Initiatoren der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung (Anwälte, nebenamtliche Realisatoren, Mitglieder der Brigaden und der DGL-Kommission für das Rationalisierungs- und Erfindungswesen sowie Bearbeiter des Erfindungs- und Vorschlagswesens) bei Nachweis besonderer Leistungen im Wettbewerb.

Weiterhin können die Mittel für die Durchführung von Maßnahmen verwendet werden, die der direkten und indirekten Unterstützung der Rationalisatorbewegung dienen. Hierunter ist zu verstehen z.B. die Erweiterung des techn. Kabinetts, die Veranstaltung von Preisausschreiben, Wettbewerben und Ausstellungen auf dem Gebiet der Rationalisatoren- und Erfinderbewegung.

Vorschläge für die Verwendung der Mittel bedürfen der Begründung und Bestätigung durch das Betriebs-BfE und die Kommission für das Rationalisierungs- und Erfindungswesen bei der DGL.
Der Wettbewerb endet am 31.12.1957.

Ministerium für Schwermaschinenbau
gez. Ziesenis

Ministerium für Allgemeinen Maschinenbau
gez. Wunderlich

Zentralvorstand der IG Metall
gez. Berger

I. Bekanntmachungen

1. Verfügung über die Planung und Durchführung von Generalreparaturen und Revisionen an Turbinen im Planjahr 1958 sowie über die Ausführung von Havarie-Reparaturen.

Vom 8. März 1957

Auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministeriums vom 24. November 1953 wird folgendes bestimmt:

I.

Planung der Generalreparaturen und Revisionen

1. Grundlage für die Aufstellung des Generalreparaturplanes 1958 für Turbinen bilden die Aufträge der VEB Energieversorgung und der anderen mit Dampfturbinen ausgerüsteten Betriebe an den VEB Turbinen und Generatoren und die Zentralen Reparatur-Abteilungen.
2. In den Generalreparaturplan sind auch die durchzuführenden Revisionen aufzunehmen.

II.

Durchführung der Generalreparaturen und Revisionen

1. Aufträge über Turbinen-Reparaturen sind bis zum 31. Mai 1957 dem VEB Turbinen und Generatoren, Reparaturleitstelle (TRL), Berlin-Wilhelmsruh, Hertzstraße, bzw. den Zentralen Reparatur-Abteilungen der Energiewirtschaft in doppelter Ausfertigung zuzuleiten.
2. Die Aufträge sind auf Grund des Befundberichtes der letzten Revision, die der VEB Turbinen und Generatoren oder seine Beauftragten durchgeführt haben, zu erteilen.
3. Liegt kein Befundbericht vor, kann der Betrieb bis zum 31. Juli 1957 die Turbine kurzfristig außer Betrieb setzen und sie unter Hinzuziehung eines Sachverständigen des rechtzeitig benachrichtigten VEB Turbinen und Generatoren einer Revision unterziehen. Bei dieser Revision ist auch die Maßnahme der Verschleißteile durchzuführen. Hierbei sind die Regeln der Technischen Betriebsführung „Planmäßig vorbeugende Reparaturen an Kraftwerkshauptausrüstungen“ zu beachten. Die zeitliche Festlegung dieser Revisionen ist so zu treffen, daß zusätzlicher Leistungsausfall weitestgehend vermieden wird. Die Termine sind mit dem Bezirkslastverteiler zu vereinbaren.
4. Die zur Revision notwendigen Montagearbeiten können von einer Turbinenfabrik oder einer Zentralen Reparatur-Abteilung der Hauptverwaltung Elektroenergie ausgeführt werden. Dafür kommen in Betracht:
 - die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Zschornowitz des VEB Energieversorgung Halle,
 - die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Lauta des VEB Energieversorgung Cottbus,
 - die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Erfurt des VEB Energieversorgung Erfurt,
 - die Zentrale Reparatur-Abteilung Kraftwerk Dresden des VEB Energieversorgung Dresden.
5. In jedem Auftrag ist die zur Durchführung der Generalreparatur der Turbine gewünschte Stillstandszeit anzugeben.
6. Die Aufträge sollen enthalten:
 - Betriebs-Nummer des Aggregates in der Kraftzentrale,
 - Hersteller,
 - Type,
 - Fabrik-Nummer,
 - Baujahr,
 - Leistung in MW,
 - Monteur-Anforderungen,
 - Ersatzteilbestellungen,
 - Angaben über den Einbau der Ersatzteile (z. B. Beschriftung),
 - Angaben über die Anfertigung von Konstruktionsunterlagen.

7. Konstruktionsunterlagen sind nie dann zu bestellen, wenn die Ersatzteile erst 1959 oder später benötigt werden. Liegt für die bestellten Ersatzteile noch keine Konstruktion vor, so umfaßt der Auftrag auch die Anfertigung der Konstruktionsunterlagen.

III.

Finanzierung der Generalreparaturen an Turbinen

Die Hauptverwaltungen und Betriebe haben die Generalreparaturmittel den Richtwerten der Turbinenfabriken entsprechend rechtzeitig bereitzustellen.

IV.

Aufträge über Havarie-Reparaturen

1. Bei nach dem 31. Mai 1957 erforderlich werdenden Havarie-Reparaturen ist der Schadenfall sofort der Hauptverwaltung Elektroenergie, Abt. Hauptmechanik (Tel. Berlin 507 2624 und 507 2650) und dem VEB Turbinen und Generatoren, TRL, (Berlin 48 03 51 und 48 37 15) fernmündlich oder fernschriftlich zu melden.
2. Die Aufträge über die auszuführenden Instandsetzungsarbeiten sind in doppelter Ausfertigung dem VEB Turbinen und Generatoren, TRL, zuzuleiten. Der VEB Turbinen und Generatoren bestimmt das Reparaturwerk, das die Reparatur vornehmen soll.
3. Die Hauptverwaltung Elektroenergie stellt entsprechend der Wichtigkeit der ausgefallenen Turbine für die Stromversorgung eine Dringlichkeitsbescheinigung aus, und zwar über:
 - a) Havariefall,
 - b) Katastrophenfall.
4. Die Dringlichkeitsstufe „Havariefall“ bedeutet, daß die Turbine gleichrangig mit Planobjekten zu bearbeiten ist. Die Dringlichkeitsstufe „Katastrophenfall“ ist nur in Sonderfällen zu erteilen und bewirkt vorrangige Bearbeitung unter Zurücksetzung von Planobjekten.

V.

Vertragliche Regelung der Aufträge

Auf der Grundlage der erteilten Aufträge sind mit den die Reparaturen ausführenden Betrieben Verträge nach den Bestimmungen des Allgemeinen Vertragsystems zu schließen.

VI.

Zurückziehung von Aufträgen oder Aufhebung von Verträgen über Turbinen-Reparaturen

1. Muß ein Auftrag über die Ausführung einer Turbinen-Reparatur aus zwingendem Grunde zurückgezogen werden, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den VEB Turbinen und Generatoren über die Hauptverwaltung Elektroenergie, Abt. Hauptmechanik, hiervon unverzüglich unter Angabe des Grundes zu unterrichten.
2. Dazu ist der Auftraggeber auch dann verpflichtet, wenn bereits ein Vertrag über die Reparatur zustande gekommen ist und er deshalb zugleich die Aufhebung des Vertrages nach den hierfür geltenden Vorschriften (§ 8 der Sechsten Durchführungsbestimmung vom 23. Dezember 1953 zur Vertragsverordnung, GBl. 1954, S. 21) verlangt.

VII.

Kontrollpflicht

Die Kontrolle der Einhaltung der durch diese Verfügung getroffenen Regelung der General- und Havarie-Reparaturen an Turbinen obliegt dem Leiter der Abt. Hauptmechanik der Hauptverwaltung Elektroenergie, des Ministeriums für Kohle und Energie, Berlin, den 8. März 1957

Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

II. Arbeit

2. Anwendung zur Normenberichterstattung 1957

In den Erläuterungen zur Normenberichterstattung 1957 heißt es:

„Die weitere Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen in der DDR erfordert eine kontinuierliche Steigerung der Arbeitsproduktivität, die ihren Ausdruck in technisch begründeten Arbeitsnormen finden muß.“

Bei der Lösung dieser Aufgabe ist die Normenstatistik ein wichtiges Arbeitsinstrument zur Beobachtung und Überprüfung der Entwicklung der Arbeitsnormen in den volkseigenen Betrieben und den einzelnen Bereichen der sozialistischen Wirtschaft. Diese Normenstatistik bildet neben der ständigen ideologisch-politischen Überzeugungsarbeit die Grundlage für die operative Einflußnahme auf die Entwicklung der Arbeitsnormen, die sich in der Steigerung der Arbeitsproduktivität widerspiegeln wird. Daraus ergibt sich als Schlussfolgerung für die volkseigenen Betriebe und die übergeordneten Organe die Aufgabe, die Normenstatistik zu vervollkommen und ihre Aussagekraft zu erhöhen.“

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird angewiesen:

1. Die Normenberichterstattung 1957 ist entsprechend den Erläuterungen des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung durchzuführen. Sie erfolgt vierteljährlich (Quartalsmonatschnitt jedes Quartals). Zur besseren Kontrolle der Entwicklung der Normenarbeit durch die Werkleiter ist es notwendig, auf betrieblicher Ebene die monatliche Berichterstattung beizubehalten.

Die Normenstatistik ist weitgehend auf die Betriebsabteilungen und Meisterbereiche aufzugliedern. Durch Unterschrift bestätigt der Arbeitsdirektor bzw. Leiter der Abteilung Arbeit die Vollständigkeit sowie die rechnerische und sachliche Richtigkeit der Berichterstattung.

2. Einen Bestandteil der vierteljährlichen Normenberichterstattung bildet die Analyse. Sie muß die Entwicklung der Normenarbeit im jeweiligen Berichtszeitraum zum Inhalt haben. Die Analyse gliedert sich in folgende Punkte:

- 2.1 Einschätzung der zahlenmäßigen Veränderungen entsprechend dem Planblatt der Normenberichterstattung (besonders über die Entwicklung in den einzelnen Bereichen).

- 2.2 Besondere Erscheinungen und Schwerpunkte in der Normenarbeit.

- 2.3 Mitarbeit und Unterstützung bei der kollektiven Durchführung der Normenarbeit (Gewerkschaft, Meister, Ingenieur- und technisches Personal einschließlich der technischen Intelligenz und der Produktionsarbeiter).

- 2.4 Einschätzung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zum Durchschnittslohn der Produktionsarbeiter.

3. In allen Betrieben ist zur weiteren Vereinheitlichung der Statistik eine graphische Darstellung der Entwicklung der Arbeitsnormen und des Leistungslohnes zu führen. Diese Graphik ist ebenfalls weitgehend auf die einzelnen Bereiche aufzugliedern. Die Betriebe führen bei ihren Hauptverwaltungen die benötigte Anzahl Formblätter für die graphische Darstellung an.

In den Werkleiterbesprechungen und in den Produktionsberatungen sind im Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität die Fragen der Arbeitsnormung auf der Grundlage der Normenstatistik laufend zu behandeln (Zahlenmaterial, Analyse, Graphik).

4. Über die Durchführung des Planes der Normenarbeit geben die Meister bzw. Bereichsleiter monatlich mindestens einmal vor dem Werkleiter einen Bericht über den Erfüllungsstand der technisch-organisatorischen Maßnahmen und über die Realisierung des Planes der Normenarbeit. Der Arbeitsdirektor bzw. der Leiter der Abteilung Arbeitsnormung gibt einen Gegenbericht. Die im Leitungskollektiv erarbeiteten Maßnahmen sind mit Verantwortung und und Termin protokollarisch festzulegen.

Eine Durchschrift des Protokolls, aus dem auch der Stand der Erfüllung des Planes der Normenarbeit hervorgeht, ist der zuständigen Hauptverwaltung monatlich zuzuleiten.

Die vorstehende Erhebung ist am 22. 3. 57 vom Ministerium für Schwermaschinenbau registriert und unter der Nr. 120/37 genehmigt worden. Die Genehmigung ist bis zum 30. 12. 57 befristet.

3. Betriebliches Wohnungswesen

Das zu der „Richtlinie zur besseren Arbeit auf dem Gebiete des betrieblichen Wohnungswesens“ veröffentlichte Muster eines Wohnraumbedarfsplanes (V u. M. MIS 256 Ziff. 4 - Anlage) wird hiermit aufgehoben.

Ab sofort ist zur Unterrichtung der Räte der Kreise bzw. Städte entsprechend § 2 der Verordnung vom 22. 12. 55 über die Lenkung des Wohnungswesens der nachstehend abgedruckte Wohnraumbedarfsplan in allen Betrieben zu verwenden.

„Genehmigungsvermerk“

Registriert vom Ministerium für Arbeit
und Berufsausbildung
Der Minister

am 12. 1. 1957 unter Nummer 660/12,
befristet bis 30. 5. 1957.“

Wohnraumbedarfsplan des VEB
für das Jahr

1. Vorgemerkte Wohnungssuchende

des Betriebes

2. a) Gesamtzahl der auf Grund
des Arbeitskräfteplanes neu
einzustellenden Arbeitskräfte
Personen:

b) Zahl der Arbeitskräfte, die
voraussichtlich von außerhalb
zuziehen müssen

3. Bereits beschäftigte Arbeits-
kräfte, die keine Wohnung am
Arbeitsort besitzen
davon

a) noch keinen Wohnungsantrag
gestellt haben Personen:

b) einen Wohnungsantrag ge-
stellt haben

c) Empfänger von Trennungs-
entschädigung

d) wo die Dauer der Fahrt zum
und vom Betrieb 2 Stunden
überschreitet

4. Zahl der unterzubringenden
Arbeitskräfte insgesamt:

3. davon aus Ziffer 4.

1. VdN

2. staatl.

3. Auszeichnungen

4. Intelligenz

5. The + Schwer-
beschädigt

6. Kinderreiche

Mütter

Leitungs-
kräfte

Fach-
arbeiter

Sonstige

Vorgeschriebene Deckung des Bedarfs

1. Voraussichtlich im Laufe des Planjahres freierwerdender betriebseigener Wohnraum
 - a) Freimachung von mit Betriebsfremden belegten Wohnungen WE
 - b) bessere Auslastung der betriebs-eigenen Wohnungen WE
 - c) sonstiger freierwerdender Wohnraum WE
2. Bereitstellung durch die Arbeiterwohnortsgemeinden WE
 - 1 6
 - 2 7
 - 3 8
 - 4 9
 - 5 10
3. Neubau von Wohnungen WE
 - a) Investitionen WE
 - b) AWG WE
 - c) individueller Eigenheimbau WE
 - insgesamt WE

Danach noch benötigter Wohnraum:

insgesamt: WE
4. Größe der benötigten Wohnungseinheiten:

1 Zr.	2 Zr.	3 Zr.	4 Zr.
-------	-------	-------	-------
5. Bestand
 1. Anzahl der betriebseigenen Wohnungen WE
 2. Gesamtzahl des im Rahmen des Arbeiterwohnungsbaues entstandenen Wohnraumes
 - a) Genossenschaft WE
 - b) individuell WE

Beitragung

zur Ausführung des Wohnraumbedarfsplanes und des Planes für die Deckung des Wohnraumbedarfs

Wohnraumbedarfsplan

- Zu 1. Betrifft die im Betrieb beschäftigten Wohnungseigenen, welche einen Antrag bei der Wohnraumlösung des Betriebes eingereicht haben.
- Zu 2. a) Arbeitssäfte, die im Planjahr auf Grund einer vergrößerten Kapazität oder wegen Maschinenführung neu einzustellen sind.
b) wird in Zusammenarbeit mit der Abt. Arbeit und Berufsausbildung der Stadt oder des Kreises festgestellt.
- Zu 3. Diese Fragen sind vom Betrieb besonders zu beachten, da sie helfen, im Betrieb die Selbstkosten zu senken und die Grundlage schaffen, die Aufgaben des betrieblichen Wohnungswesens durchzuführen.
- Zu 4. Hier werden die Personen zusammengefaßt, die in Ziffer 1, 2b und 3a aufgeführt sind.
- Zu 5. Ist eine Übersicht zur Unterstützung der Wohnraumverteilung.

Plan zur Deckung des Wohnraumbedarfs

- Zu 1. a) Ist in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wohnraumlösung planmäßig festzulegen.
b) Durch die Betriebe ist Sorge zu tragen, daß der vorhanden betriebseigene Wohnraum entsprechend der örtlichen Wohnraumlösung kapazitätsmäßig ausgelastet wird.
c) Ist Wohnraum, der durch Abwanderung, Tod frei wird.
- Zu 2. Ist im Einvernehmen mit der örtlichen Wohnraumlösung der Arbeiterwohnortsgemeinden festzulegen. Bei Schwierigkeiten ist die Abt. Arbeit und Berufsausbildung des Rates des Kreises mit heranzuziehen.
- Unter insgesamt werden alle ausgeworfenen unterstrichenen Zahlen zusammengefaßt und von der Zahl, die im Wohnraumbedarfsplan unter Ziffer 1 zusammengefaßt ist, abgezogen. Das Resultat ergibt die Zahl, welche unter „Danach noch benötigter Wohnraum“ einzutragen ist.
- Zu 4. Wird auf Grund der Gesamtzahl des benötigten Wohnraumes festgestellt unter Berücksichtigung der Größe der einzelnen Familien.
- Zu 5. Ergibt eine Übersicht über den Bestand an Wohnraum, der den Betrieben zur Verfügung steht und durch den Arbeiterwohnungsbaue geschaffen wurde.

III. Finanzen und Preise

1. Bekanntgabe über die Bildung der Betriebspreise für die vom Ministerium für Schwermaschinenbau ab 1.1.1957 erlassenen Preisordnungen

In den seit dem 1.1.1957 vom Ministerium für Schwermaschinenbau erlassenen Preisordnungen ist die Regelung von Einzelheiten zur Festlegung von Betriebspreisen dem Ministerium für Schwermaschinenbau vorbehalten.

Es wird daher folgendes bestimmt:

für Schwermaschinenbau ab 1.1.1957 erlassenen Preisordnungen wie folgt:

1. Industrieabgabepreise
2. Produktions- und Dienstleistungsabgabe
3. Betriebspreis

II. Preisliste der entspr. Preisordnung

III. Tabelle der Produktionsabgabensätze des Ministeriums der Finanzen

Die Betriebspreise bilden sich für die vom Ministerium

Diese Bestimmung tritt mit dem 1.1.1957 in Kraft.

IV. Planung

3. Neuanschaffungen von Kraftfahrzeugen aus dem Investitions- und Generalreparaturplan 1957 sowie aus Krediten

In Übereinstimmung mit dem Ministerium für Verkehrswesen wird im Zusammenhang mit Neuanschaffungen von Kraftfahrzeugen (LKW, Omnibussen, Zugmaschinen) aus dem Investitions- und Generalreparaturplan 1957 auf folgendes hingewiesen:

1. Für alle in den betrieblichen Investitions- und Generalreparaturplänen 1957 enthaltenen Neu-

anschaffungen von Kraftfahrzeugen, außer LKW, muß die Zustimmung der Bezirksdirektion für Kraftverkehr vorliegen.

Die Investitions- bzw. Generalreparaturträger sind verpflichtet, diese Zustimmung – falls noch nicht geschaffen – umgehend nachzuholen und sie ihren Hauptverwaltungen einzureichen.

2. Diese Regelung gilt sinngemäß auch für die aus Krediten zu beschaffenden Fahrzeuge.

V. Technologie

6. Richtlinien zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Neuererbewegung

Die Einführung und allseitige Anwendung von Neuerermethoden setzt voraus, daß diese neuen Arbeitsmethoden vorher wissenschaftlich untersucht, fundamentierte und ihre Anwendungsbereiche festgelegt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung der Neuerermethoden zu schaffen.

Neuerermethoden sind neue oder verbesserte Fertigungsverfahren, welche eine Veränderung der Technologie zur Folge haben und die Schaffung neuer Produktionsinstrumente oder deren Verbesserung bedingen, mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Arbeit für die Werktätigen zu erleichtern und den Arbeitsschutz zu verbessern.

Um bei der Einführung und Anwendung von Neuerermethoden im Bereich des Ministeriums für Schwermaschinenbau zu einer systematischen und wirkungsvollen Arbeit zu gelangen, wird in Ergänzung zu den bereits bestehenden Richtlinien (Verfügungen und Mitteilungen Nr. 7/1956, II, Absatz 6) und auf der Basis der „Grundsatzordnung Technologie“ folgendes angeordnet:

1. Prüfung und Erprobung von Neuerermethoden

1. Zur Unterstützung der Neuererbewegung und zur Einführung von Neuerermethoden ist, soweit noch nicht geschehen, in den Betrieben ein Neuereraktiv zu bilden.

Das Neuereraktiv entscheidet, ob ein vom Büro für Erfindungswesen zur Beurteilung vorgelegter Vorschlag eine überbetriebliche Bedeutung hat und darüber hinaus den Charakter einer Neuerermethode trägt.

2. Nach praktischer Erprobung im Ursprungsbetrieb wird der Vorschlag, der eine überbetriebliche Bedeutung hat und den Charakter einer Neuerermethode trägt, zusammen mit den dafür erarbeiteten konstruktiven und technologischen Unterlagen, der Angabe des zu erwartenden geschätzten bzw. des tatsächlich erzielten Nutzens im Quartal bzw. im Kalenderjahr dem zuständigen Leit-BiE übergeben.

3. Das Leit-BiE hat zu prüfen, ob Patent- bzw. Gebrauchsmuster-Anmeldungen notwendig sind. Danach ist der Vorschlag über das Referat für Erfindungs- und Vorschlagswesen der Abteilung Technologie der Hauptverwaltung zu übergeben.

4. Nach Überprüfung der vom Betrieb festgelegten Technologie durch die Abteilung Technologie der Hauptverwaltung ist der Vorschlag der Hauptabteilung Technologie zu übergeben. Die Hauptabteilung Technologie beauftragt das Institut für Technologie und Organisation des Ministeriums für Schwermaschinenbau mit der weiteren Bearbeitung.

5. Das Institut für Technologie und Organisation hat den Vorschlag auf Anerkennung als Neuerer-

methode zu prüfen, wissenschaftlich zu untersuchen, konstruktiv und technologisch zu überarbeiten sowie praktisch zu erproben.

Dazu sind vom Institut je nach Art der Neuerermethoden auch Stellungnahmen bzw. Gutachten der fachlich zuständigen Institute, der Institute der Hochschulen sowie der Zentralen Aktive für Zerspanung und spanlose Formung einzuholen. Die praktische Erprobung ist in den Laboratorien des Institutes oder unter Anleitung und Kontrolle des Institutes in den Versuchswerkstätten der Großbetriebe bei weitgehender Einbeziehung der Zentralen Aktive durchzuführen.

6. Nach Abschluß der Untersuchung und praktischen Erprobung sind die Ergebnisse vom Institut für Technologie und Organisation zusammenzufassen und mit einer exakten Technologie der HA Technologie zur Prüfung und Verbindlichkeitserklärung durch den Stellvertreter des Ministers vorzulegen.

7. Die HA Technologie veranlaßt, daß von den zuständigen Hauptverwaltungen die Voraussetzungen zur serienmäßigen Herstellung der für die Neuerermethoden notwendigen Werkzeuge und Vorrichtungen geschaffen werden.

8. Die als verbindlich erklärten Neuerermethoden werden vom Institut in Form von Arbeitsunterweisungen den Hauptverwaltungen übergeben.

Die Abteilung Technologie der Hauptverwaltung legt an Hand der Arbeitsunterlagen die Betriebe fest, die für die Einführung der Neuerermethoden in Frage kommen und stellt diesen die entsprechenden Arbeitsunterweisungen zu.

9. Die Hauptverwaltungsleiter sind für die Anleitung, operative Hilfe und Kontrolle der Betriebe, die die Neuerermethoden einführen, verantwortlich.

2. Einführung von Neuerermethoden

1. Die Werkleiter der von der Hauptverwaltung bestimmten Betriebe sind verpflichtet, die Anwendung der für verbindlich erklärten Neuerermethoden in ihrem Betrieb durch entsprechende Maßnahmen zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sind in den Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen aufzunehmen.

2. Gemäß der „Grundsatzordnung Technologie“ ist der Haupttechnologe für die Beratung und Unterstützung der Facharbeiter, Brigadiere und Meister, sowie für die Schaffung der Voraussetzungen zur Einführung der Neuerermethoden verantwortlich.

3. Für die praktische Anwendung der Neuerermethoden sind die Betriebsleiter und die ihnen unterstellten Meister verantwortlich.

4. Nachdem die notwendigen vorbereitenden Arbeiten zur Einführung einer Neuerermethode durchgeführt und die erforderlichen Voraussetzungen (Werkzeuge, Vorrichtungen usw.) geschaffen sind, ist in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Kolle-

Nur für den Dienstgebrauch!

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Schwermaschinenbau

1957	Berlin, den 12. Juni	Nr. 3
------	----------------------	-------

Inhaltsverzeichnis

Bekanntmachungen	
1. Verfügung über die Vorbereitung und Durchführung einer Lehrschaу der Technologie in Leipzig vom 11. Mai 1957	21
II. Produktion	
2. Sicherung der Ersatzteilproduktion für Landmaschinen und Traktoren	22
III. Materialwirtschaft	
3. Schraubenbestellungen	23
IV. Buchhaltung und Revision	
4. Abnutzungsbeträge für Verpackungsmaterialien aus II. 2	23
V. Rechtsabteilung	
5. Urheberschutzvermerk	23
VI. Verschiedenes	
6. Direktive für das Studium an Industrieinstituten	24
7. Hinweis zur Beschaffung von Fachliteratur auf dem Gebiet der Planung	24
8. Sonderheft über Verpackungsprobleme	24

I. Bekanntmachungen

1. Verfügung über die Vorbereitung und Durchführung einer Lehrschaу der Technologie in Leipzig vom 11. Mai 1957

Durch Beschluß vom 9. Mai 1957 hat der Wirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR der Durchführung einer Lehrschaу der Technologie gelegentlich der Leipziger Herbstmesse 1957 zugestimmt. Auf Grund dieses Beschlusses wird gemäß § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 über die Vorbereitung und Durchführung dieser Lehrschaу folgendes bestimmt:

I.

- (1) Veranstalter der Lehrschaу der Technologie, die in der Zeit vom 28. August bis 24. September 1957 in Leipzig auf dem Gelände der Technischen Messe stattfinden soll, sind der Minister für Schwermaschinenbau und der Minister für Allgemeinen Maschinenbau.
- (2) Die beiden Veranstalter haben die Minister für Berg- und Hüttenwesen und für Chemische Industrie, den Staatssekretär für Örtliche Wirtschaft und den Präsidenten der Kammer der Technik an dieser Lehrschaу zu beteiligen.

II.

- (1) Auf der Grundlage der vom Ministerium für Schwermaschinenbau vorbereiteten Vorschläge haben die Veranstalter im Einvernehmen mit den Beteiligten eine Feindisposition für die Gliederung der Lehrschaу zu erarbeiten.

- (2) In dieser Feindisposition sind Art und Umfang der Beteiligung der in Ziffer I genannten Organe sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der beteiligten Ministerien und des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft mit entsprechender Terminstellung festzulegen.

III.

Die Minister für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau, für Berg- und Hüttenwesen und für Chemische Industrie sowie der Staatssekretär für Örtliche Wirtschaft haben dafür zu sorgen, daß die ihren Organen und Einrichtungen nach Maßgabe der Feindisposition bei der Vorbereitung und Durchführung der Lehrschaу zufallenden Aufgaben einwandfrei und termingerecht erfüllt werden.

gen eine gründliche Arbeitsstudie durchzuführen und die z. Z. bestehende Arbeitsnorm entsprechend den veränderten Bedingungen zu verändern. Diese Norm ist als TAN zu erklären.

3. Bei der Ausarbeitung der neuen Arbeitsnormen ist gemäß § 3 der Richtlinien vom 20. 5. 1953 zur Ausarbeitung und Einführung technisch-begründeter Arbeitsnormen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBL S. 401) auszugehen:
 - a) von der Anwendung der fortgeschrittenen Technik,
 - b) von der besten Organisation der Arbeit und der vollen Ausnutzung des Arbeitslages,
 - c) von der erforderlichen fachlichen Qualifikation der Arbeiter und den Arbeitsmethoden der Aktivisten (Neuerer).

4. Die neue Norm ist auf die Arbeitsplanstammkarte zu übertragen und zwar so, daß die bisherige Norm erkennbar bleibt. Für sämtliche Arbeiten, die nach der neuen Norm vorgegeben werden, ist die mögliche erzielbare Einsparung auf Grund der Neuerermethode durch Gegenüberstellung der alten Norm zur neuen TAN auf statistischem Wege und das Ist-Ergebnis aus der Abstimmung der Vor- und Nachkalkulation zu ermitteln.

7. Betriebe, die bei der Einführung verbindlich erklärter Neuerermethoden auf große Schwierigkeiten stoßen und Unterstützung benötigen, beantragen bei der HA Technologie des Ministeriums für Schwermaschinenbau den Einsatz einer Instrukteurbrigade.

8. Der Werkleiter hat sich jeweils bis zum 20. des 1. Monats im Quartal für das vergangene Vierteljahr durch das Neuereraktiv über die Ergebnisse und den Stand der Anwendung der Neuerermethoden zu informieren.

Diese Information bildet die Grundlage für die Quartalsberichterstattung des Werkleiters gegenüber der Hauptverwaltung.

Der Haupttechnologe unterzeichnet das Quartalsberichterstattungsblatt (Vordruck für Meldung an Hauptverwaltung, siehe Anlage 1) für die technische und der Hauptbuchhalter für die finanzielle Richtigkeit.

(Aufbereitungsblatt für die innerbetriebliche Verwendung, siehe Anlage 2)

III. Nachweis über den wirtschaftlichen Nutzen bei der Einführung von Neuerermethoden

1. Der Nachweis über die erzielten Einsparungen durch die Anwendung von Neuerermethoden erfolgt vierteljährlich durch die Nachkalkulation des Betriebes unter Gegenzeichnung des Hauptbuchhalters.

Dazu ist das Formblatt (Anlage 1) zu verwenden.

2. Als Grundlage für den Nachweis des errechenbaren effektiven Nutzens dient die abgerechnete Leistung. Die Einsparung aus der Anwendung der Neuerermethode wird durch die Gegenüberstellung der Kosten pro Einheit vor Anwendung der Neuerermethode und der Kosten pro Einheit nach der Anwendung errechnet. Zur einwandfreien Ermittlung der Einsparung sind die fertigungstechnischen Unterlagen entsprechend zu kennzeichnen.

3. Zur Feststellung des errechenbaren Nutzens werden nur die unmittelbaren Einsparungen an Grund- und Hilfsmaterial, Hilfsleistungen und Lohn herangezogen.

Führt die Anwendung der Neuerermethode zu einer Material- oder Zeiteinsparung, so ist die Hälfte der darauf entfallenden Gemeinkosten bei der Berechnung des Nutzens statistisch hinzuzurechnen, sofern mit einer Einsparung von Gemeinkosten gerechnet werden kann.

4. Bei der Nutzenrechnung sind im einzelnen folgende Einsparungsmöglichkeiten zugrunde zu legen:

Einsparung an Material:

- a) mengenmäßige Einsparung bei Verwendung des gleichen Materials,
- b) wertmäßige Einsparung durch Verwendung von billigeren Austauschstoffen,
- c) Verwendung von Austauschstoffen, die Einsparungen an Engpaßmaterialien ergeben.

Einsparung von Hilfsleistungen:

- a) wertmäßige Einsparung bei der Verrechnung auf Haupt- und Nebenleistungen,
- b) Einsparungen bei der Durchführung der Hilfsleistungen.

Einsparung an Lohn:

- a) Änderungen in der Ausführung der Arbeitsfolge,
- b) Veränderungen des technologischen Ablaufes,
- c) Austausch qualifizierter Arbeitskräfte gegen weniger qualifizierte,
- d) allgemeine Verbesserung der Betriebsorganisation.

5. Einsparungen an Gemeinkosten und nicht direkt zurechenbaren Grundkosten, die nicht kostenträgermäßig nachgewiesen werden können, Einsparungen an Hilfsmaterial und Hilfsleistungen für die gesamte Abteilung, können durch Gegenüberstellung der durchschnittlichen Aufwendungen der einzelnen Kostenelemente vor und nach Anwendung der Neuerermethode aus den Grundrechnungen, Brigade- und Abteilungsabrechnungen ermittelt werden.

Hierbei wird der eingetretene Nutzen im Gegensatz zum Kostenträgnachweis nicht an Hand der gefertigten Menge errechnet, sondern der Nachweis dieser Einsparungen erfolgt durch absolute Senkung der Durchschnitts-Ist-Gemeinkosten im Vergleich zum Durchschnitts-Kostenanfall vor Einführung der Neuerermethode.

6. Bei Neuerermethoden, bei deren Anwendung der Nutzen nicht oder nur schwer errechenbar ist, ist der Nutzen auf der Grundlage des vorkalkulierten bzw. geschätzten Nutzens gemäß der dargelegten Errechnungsmethodik zu ermitteln.

7. Bei Neuerermethoden mit voraussichtlich geringem Nutzen, oder wenn durch Neuerermethoden Arbeitserleichterungen bzw. Verbesserungen des Arbeitsschutzes erreicht werden, kann der Nachweis des Nutzens in der geforderten Form entfallen. In diesen Fällen genügt eine exakte Schätzung des Nutzens.

8. Für jede produzierende Einheit (Abteilung, Brigade) ist der Nachweis des Nutzens aus der Anwendung von Neuerermethoden zu führen. Die Ergebnisse aus der Abrechnung müssen allen Werk tätigen erläutert werden, um ihnen damit ein Mittel zur Verbesserung ihrer eigenen Arbeit und eine reale Grundlage zu einer schöpferischen Kritik in die Hand zu geben.

9. Für die Auszeichnung der Neuerer sind die Festlegungen der 2. Durchführungsbestimmung für das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft vom 6. Februar 1953 in Anwendung zu bringen. (GBL S. 297)

IV. Schlußbestimmungen

Durch die vorliegende Richtlinie wird die Richtlinie zur Förderung und Entwicklung der Rationalisierungs- und Erfinderbewegung, Verfügungen und Mitteilungen Nr. 18 54 des ehemaligen Ministeriums für Maschinenbau, für den Bereich des Ministeriums für Schwermaschinenbau aufgehoben.

VI. Verschiedenes

1. Verlegung der HV Gliederungen des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen nach Leipzig

Die HV Gliederungen des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen verlegt mit Wirkung vom 15. 3. 1957 ihren Sitz von Berlin nach Leipzig W 31, Könnertstraße 43

und ist dort unter den Telefonnummern 41 197, 42 138 und 49 161 zu erreichen. Die Zentrale Geschäftsstelle (vgl. Verfügung des Stellv. des Ministerpräsidenten Seemann vom 8. 2. 1957, Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Schwermaschinenbau Nr. 337) hat ihren Sitz weiterhin in Berlin W 1, Leipziger Str. 2-7.

Apel

Minister für Schwermaschinenbau

IV.

Der Minister für Schwermaschinenbau wird ermächtigt, mit der Gesamtleitung und Koordinierung der Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Lehrschau den Oberingenieur Paul Kaluza zu beauftragen und diesen zu bevollmächtigen, die im Rahmen seines Auftrages liegenden Maßnahmen zu treffen bzw. zu veranlassen. Zur Unterstützung dieses Bevollmächtigten soll der Gesamtleitung je ein besonders sachkundiger Beauftragter für technologische Fragen, für kaufmännische Fragen, für organisatorische Angelegenheiten und für Aufgaben der Werbetechnik angehören.

V.

(1) Die Kosten der Lehrschau sind von den Ministerien für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau, für Berg- und Hüttenwesen und für Chemische Industrie sowie dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft anteilig zu tragen.

(2) Die Finanzierung hat aus Mitteln des zentralen Fonds für Werbung und Messen wie auch, soweit erforderlich, des zentralen Rationalisierungsfonds aus Überplangewinnen des Jahres 1957 zu erfolgen.

Berlin, den 11. Mai 1957

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

Zu vorstehender Verfügung vom 11. Mai 1957 wird folgende Erläuterung gegeben:

Die Technologie ist gegenwärtig noch das schwächste Glied in der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR. Wenn auch auf einzelnen Gebieten beachtliche Fortschritte erzielt wurden, so ist es – im ganzen gesehen – doch noch nicht gelungen, die Beispiele einer rationalen Technologie, welche die neuesten technischen Erkenntnisse nutzt und sich auf die schöpferische Mitarbeit der Belegschaften stützt, in sämtlichen Betrieben wirksam durchzusetzen. Häufig wird noch die Auffassung vertreten, daß die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität allein von der Erneuerung des Maschinenparks abhängig sei. Obwohl jährlich neue und modernere Maschinen und Ausrüstungen der Volkswirtschaft, insbesondere der sozialistischen Industrie zugeführt werden, sind diese Möglichkeiten naturgemäß begrenzt. Es kommt also darauf an, unter den gegebenen Bedingungen durch Anwendung hochproduktiver Methoden der Technologie das technische Maximum

in jeder Operation und jeder Phase unserer Produktion beschleunigt und mit der erforderlichen Breitenwirkung zu erreichen.

Diesem Zweck soll die vorgeschlagene Lehrschau der Technologie dienen. Auf einer Fläche von rd. 10.000 qm sollen die neuesten und rationellsten technologischen Prozesse und Fertigungsverfahren praktisch durchgeführt und erläutert werden. Dabei handelt es sich z. B. um die vielfältigsten Möglichkeiten beim Drehen, Fräsen, Bohren, Räumen und Schneiden, das Fließpressen, Präzisionsschmieden, Reckwalzen, Profilwalzen, Gewinde-drücken und Gewindewirbeln, die Anwendung von Kunststoffen, neue Schweißgeräte und die Methoden ihrer Anwendung, elektroerosive Bearbeitungsverfahren, die Induktionshärtung, das Formmaskenverfahren, das Wachsausschmelzverfahren, die Metallspritz- und Klebetechnik, die Verwendung von Sinterformteilen, den Oberflächenschutz, den zweckdienlichen Einsatz von Vorrichtungen sowie modernen Hochleistungs- und Sonderwerkzeugen, vielfältige Beschickungs- und Entladevorrichtungen, die Vorführung von Neuereremethoden, die Verbesserung des Werkstatttransportes und der Lagerhaltung durch Einsatz moderner Hebe- und Fördermittel.

Hinzu kommen graphische Darstellungen, Fotomontagen und Illustrationen, welche die Lehrschau ergänzen und durch Beispiele, Gegenüberstellungen und Zahlenmaterial veranschaulichen, welche Steigerung der Arbeitsproduktivität und welche Senkung der Fertigungskosten durch die Anwendung moderner Technologie erzielt werden kann.

In Verbindung mit dieser Lehrschau sollen eine zentrale Technologientagung unter internationaler Beteiligung und Technologenlehrgänge der Hauptverwaltungen der beiden Maschinenbau-Ministerien durchgeführt werden. Ferner ist an die Herstellung von Lehrfilmen über bestimmte Komplexe aus der Lehrschau und an die Anfertigung von Lehrmaterial für unsere Hoch- und Fachschulen gedacht.

Mit dieser umfassenden Lehrschau der Technologie soll nicht nur den leitenden Wirtschaftsfunktionären, sondern auch, und vor allem möglichst vielen Angehörigen der Betriebsbelegschaften überzeugend und einprägsam gezeigt werden, welche vielfältigen Möglichkeiten die moderne Technologie bietet, um in ihnen das Bewußtsein zu stärken, daß der Kampf gegen die zurückständigen Gewohnheiten in der Produktion mit allem Nachdruck geführt werden muß, wenn man dem Neuen kraftvoll und beschleunigt zum Durchbruch verhelfen will.

II. Produktion

2. Sicherung der Ersatzteilproduktion für Landmaschinen und Traktoren

Die Aufgaben und Ziele, welche der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auch für das Jahr 1957 gestellt wurden, sind nur durch einen Einsatz aller in der volkswirtschaftlichen und privaten Landwirtschaft vorhandenen Landmaschinen und Traktoren zu realisieren.

Voraussetzung hierfür ist, daß den Reparaturbetrieben der Landwirtschaft die für die Instandsetzung der Landmaschinen und Traktoren erforderlichen Ersatzteile in vollem Umfang des Bedarfs fristgerecht zur Verfügung stehen.

Es wird daher angewiesen:

1. Alle Gießereien, Schmieden sowie Lieferanten von Walzanmaterial haben die vorliegenden Verträge

zur Lieferung von Erzeugnissen zur Ersatzteilproduktion für Landmaschinen und Traktoren in ihren Produktions- und Lieferplänen so einzureihen, daß die termingerechte Lieferung unter allen Umständen gewährleistet wird. Für bereits verstrichene Termine sind kurzfristige Aufholtermine festzulegen und den Vertragspartnern zur Bestätigung bekanntzugeben.

2. Alle Gießereien, Schmieden sowie Lieferanten von Walzanmaterial haben die im Rahmen der Kontingente vorgelegten Verträge zur Lieferung von Erzeugnissen für die Produktion von Ersatzteilen zu Landmaschinen und Traktoren zur termingerechten Produktion und Lieferung im Plan ihrer Betriebe aufzunehmen und diese Verträge vorrangig zu bestritten.

III. Materialwirtschaft

1. Schraubenbestellungen

Die VEB Schraubenfabrik Karl-Marx-Stadt und Tarnbach haben ihre Produktion in preßblanken Schlitzschrauben DIN 63, 84, 85, 91 in den Abmessungen M 3 bis M 6 und der VEB Schraubenfabrik Finsterwalde den Ausstoß in kaltgepreßten 6-kt.-Schrauben DIN 601, 55A, 931 und 933 in den Abmessungen M 3 und M 6 bedeutend gesteigert. Bei den Niederlassungen der DHZ wird in solchen Schrauben schon ein Lagerstock gebildet.

In Unkenntnis und aus alter Gewohnheit erteilen viele Verbraucher ihre Aufträge für die oben gen. DIN-Arten noch in gedrehter Ausführung und fordern auch Kontingente für Blankschrauben an. Die Praxis hat

gezeigt, daß in fast allen Fällen die gepreßten bzw. kaltgeschlagenen Schrauben den Anforderungen genügen.

Die Betriebe werden hiermit auf die günstigen Bezugsmöglichkeiten hingewiesen und zur entsprechenden Erteilung ihrer Aufträge bzw. Umdisponierung bereits laufender Bestellungen beim Großhandel aufgefordert. Die gepreßten bzw. kaltgeschlagenen Schrauben fallen in die Planposition 3616410.

Zur Vermeidung eines evtl. notwendig werdenden Kontingentumtausches werden die Lieferanten ermächtigt, ihnen vorgelegte Aufträge in den oben genannten Schraubenarten und Abmessungen auch gegen Beistellung eines entsprechenden Blankschraubenkontingentes durchzuführen.

IV. Buchhaltung und Revision

4. Abnutzungsbeträge für Verpackungsmaterialien aus Holz

Auf Grund des § 9 der PAO Nr. 532 - Anordnung vom 28.12.1955 über die Preisbildung für Erzeugnisse aus Holz (GBL Teil I, Seite 34) - wurden für Verpackungsmaterialien aus Holz Preisneuregelungen getroffen. Für die Erzeugnisse der

Warennummer 54 43 00 - Kisten aus Holz und

Warennummer 54 49 00 - Sonstige Verpackungsmittel aus Holz

haben die Betriebe des Ministeriums für Schwermaschinenbau die neuen Verpackungspreise ab 1.1.1957 zu berechnen. Die neuen Preise für die genannten Verpackungsmittel sind - soweit ein landmäßiger Versand vorliegt - folgende:

Tara-Gewicht kg	Preis DM je kg
bis 50	1,20
bis 200	1,15
bis 400	1,05
bis 600	0,95
bis 800	0,90
bis 1000	0,80
über 1000	0,70

Die festgelegten Preise gelten auch für die Berechnung des Abnutzungsbetrages. Dieser ist nach § 9 der Verordnung vom 31.3.1955 über die Rückgabe und Bezahlung von Leihverpackung (GBL Teil I, Seite 283) dem Käufer zu berechnen, soweit er im Herstellerabgabepreis der Ware nicht enthalten ist.

Bei der Berechnung des Abnutzungsbetrages sind die üblichen Sätze der Wertminderung zu berücksichtigen, so daß als Abnutzungsbetrag 20 Prozent von den festgelegten Preisen anzusetzen sind.

Für Nähmaschinenverpackung gelten die durch Preis-karteblätter festgelegten Bestimmungen. Sofern Nähmaschinenverpackung Leihverpackung ist, ist der Abnutzungsbetrag von 20 Prozent von den in den Preis-karteblättern festgesetzten Verpackungsmittelpreisen zu berechnen.

Für Holzbohlen und Kanthölzer sind die Preise dem Gewicht entsprechend zu errechnen. Der Abnutzungsbetrag hat 33 1/3 Prozent dieses errechneten Preises zu betragen.

Holzversteifungen und Latten sind als Ware zu behandeln, soweit es sich dabei um eine echte Schutzumkleidung handelt, d. h. daß diese aus dünnem Material besteht und eine leichte Ausführung und geringe Widerstandskraft hat. Bei der Rücklieferung der Schutzumkleidung ist dem Abnehmer eine ihrer Beschaffenheit entsprechende Gutschrift bis zu 75 Prozent zu erteilen.

Abnutzungsbeträge für Spezialkisten sind mit dem Käufer zu vereinbaren.

Diese Regelung gilt nicht bei Exportlieferungen und Lieferungen im innerdeutschen Handel und in den Fällen, wo vom Empfänger die Verpackung und das Material zusammen in Erfüllung der Exportaufträge bzw. der innerdeutschen Verträge weiter geliefert werden.

Die einheitlichen Abnutzungsbeträge sind ab sofort anzuwenden.

V. Rechtsabteilung

1. Urheberschutzvermerk

Zur Sicherung der Urheberrechte an technischen Unterlagen (Zeichnungen, Stücklisten, Beschreibungen usw.) wird den Betrieben empfohlen, auf diesen Unterlagen einen Urheberschutzvermerk anzubringen.

Für diesen Vermerk wird in Berücksichtigung der DIN-Bestimmungen folgende Fassung vorgeschlagen:

Für diese Zeichnung (oder entsprechendes) behalten wir uns alle Rechte vor. Sie darf ohne Genehmigung weder kopiert noch vervielfältigt, dritten Personen unerlaubt mitgeteilt oder anderweitig mißbräuchlich benutzt werden. Zuwiderhandlungen können zivilrechtliche und strafrechtliche Folgen haben.

Dieser Urheberschutzvermerk ist auf sämtlichen der angegebenen Unterlagen, soweit diese an betriebsfremde Personen bzw. Dienststellen gegeben werden, mittels Stempelaufdruck in der Nähe des Schriftfeldes sichtbar anzubringen.

Institut für Technologie und
Organisation d. Ministeriums
für Schwermaschinenbau

Karl-Marx-Stadt, den 4.7.1957
10/Stz./Er.

A n t r a g

auf Gründung einer Außenstelle des Instituts für
Technologie und Organisation des Ministeriums für
Schwermaschinenbau Karl-Marx-Stadt in Rostock -
Warnemünde

1. Begründung

Eine neue fortschrittliche Produktionstechnik setzt sich in den Betrieben des Schwermaschinenbaues, insbesondere im Schiff- und Schiffsmaschinenbau, nur schleppend durch. Entscheidende Glieder dieser neuen Produktionstechnik sind die Technologie und Organisation der Produktion.

Viel wurde und wird über Modernisierung, Mechanisierung und Automatisierung gesprochen; entschieden zu wenig jedoch wurde bisher auf diesen Gebieten getan.

Das Institut für Technologie und Organisation des Ministeriums für Schwermaschinenbau Karl-Marx-Stadt als Zentralinstitut der Ministerien für Schwermaschinenbau und Allgemeinen Maschinenbau wird nach Überwindung seiner Aufbauschwierigkeiten über umfangreiche Erfahrungen in Technologie, Betriebs- und Produktionsorganisation verfügen und folglich in der Lage sein, in enger Zusammenarbeit mit der Praxis - im speziellen Falle mit den Werften und Betrieben des Schiffsmaschinenbaues - aktiv den technischen Fortschritt voranzutreiben.

Am 22.1.1957 fand in Warnemünde unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Ministers - Technik - Genossen J r o s s e , eine Besprechung statt. Daran nahmen teil:

Stellv. des Ministers - Technik - , Gen. Grosse
Stellv. Direktor des ITO, " Lehmann
Gen. Prof. Dr. Luck, Universität Rostock
Gen. Hertzog, Werkleiter der Neptunwerft
Koll. Künzel, Ministerium für Schwermaschinenbau.
Koll. Henriott, Universität Rostock
Koll. Dr. Köhler, Universität Rostock
Koll. Gebauer, ehemaliger Leiter der Warnowerft
Gen. Straube, Mitarbeiter des ITO.

- 2 -

Nach eingehender Beratung wurde Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Gründung einer Außenstelle erzielt und die unter 2) genannten Aufgaben für die Mitarbeiter festgelegt.

2. Aufgaben der Außenstelle Schiff- und Schiffmaschinenbau

Die Aufgaben der ITO-Außenstelle liegen im Schiff- und Schiffmaschinenbau auf den Gebieten der Technologie, Produktions- und Betriebsorganisation analog der Aufgaben, die die Außenstelle ZIG Halle auf dem Gebiet der Schweißtechnik löst.

Im einzelnen werden sich die Mitarbeiter der ITO-Außenstelle mit folgenden Arbeiten befassen:

- 2.1 Ausarbeitung, Einführung und Durchsetzung neuester Fertigungsverfahren im Schiff- und Schiffmaschinenbau. Dabei wird besonders Wert auf die aktive Unterstützung des Betriebsfunktionäre durch unmittelbare Hilfe am Arbeitsplatz gelegt.
- 2.2 Studium der modernsten Fertigungsverfahren und Systeme der Produktionsorganisation im Weltmaßstab mit dem Ziel, gewonnene Erkenntnisse auf unsere Bedingungen zugeschnitten, in den Werften und Betrieben des Schiffmaschinenbaus einzuführen.
- 2.3 Unterstützung bei der Lösung der Aufgaben der Betriebs- und Produktionsorganisation durch operative Hilfe unter Auswertung des bestehenden Betriebsvergleiches und seiner Weiterentwicklung.

3. Wirkungskreis

Seinen Wirkungskreis wird ITO in der ersten Phase des Aufbaues auf die Warnowerft, Neptunwerft und Dieselmotorenwerk Rostock beschränken.

Nach der 2. Phase (etwa Ende III 58) wird ITO in der Lage sein, alle Hochseewerften zu betreuen und Probleme des Schiffmaschinenbaues der in der Deutschen Demokratischen Republik gelegenen Zulieferbetriebe zu lösen.

- 3 -

- 3 -

4. Zeitpunkt der Eröffnung und in welchen Etappen aufgebaut werden soll.

- 4.1 Beginn der Arbeit mit den ersten 2 - 3 Mitarbeitern am 1.9.1957
- 4.2 Vergrößerung der Mitarbeiterzahl auf 12 bis 1.1.1958
- 4.3 Erreichung des Endstandes der Mitarbeiterzahl, von 25 bis 31.12.1958.

5. Unterbringungs Voraussetzungen

- 5.1 Der Rat des Bezirkes Rostock wird gebeten, entsprechend dem stufenweisen Aufbau

bis 1.9. 1957	30 qm,
bis 1.1. 1958	100 qm,
bis 1.6. 1958	175 qm

örtliche ungetrennte Bürofläche in Rostock oder Warnemünde bereitzustellen.

- 5.2 Zweckmäßig wäre, die Außenstelle in der Ingenieurschule für Schiffstechnik "Ernst Thälmann" in Warnemünde unterzubringen, da eine Zusammenarbeit zwischen Ingenieurschule, ITO und ZIS Halle sich außerordentlich fruchtbringend auf die Arbeit auswirken würde.

- 5.3 Es besteht nicht die Absicht, Labors einzurichten. Notwendige Laborarbeiten sollen in den Labors der Veriten, Betriebe, Universität, Ingenieurschule für Schiffstechnik "Ernst Thälmann" bzw. im Labor des Stanz-Instituts durchgeführt werden.

6. Kadernmäßige Besetzung der Außenstelle

- 6.1 Als Leiter der Außenstelle muß ein hochqualifizierter Ingenieur (möglichst promovierter Ingenieur oder Ing.-oec. mit langjähriger leitender Praxis) aus den Betrieben der NV Schiffbau gewonnen werden. Die Bezirksleitung der SED Rostock wird um Unterstützung bei der Gewinnung eines geeigneten Genossen gebeten.
- 6.2 Als stellv. Leiter und gleichzeitig Leiter der Gruppe Schiffsmaschinenbau wird Genosse Straube, Dipl.-Ing. für Schiffsmaschinenbau, benannt. Er ist zur Zeit am ITO in Karl-Marx-Stadt beschäftigt.

- 4 -

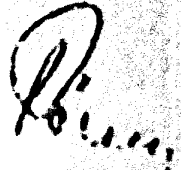
+ 4 +

6.3. Bei der Gewinnung der übrigen Kader wird sich ITO auf Spezialisten der Werften und Betriebe des Schiffmaschinenbaues konzentrieren. Unter anderem wurden bereits Vorverträge mit 9 Absolventen der Schiffbautechnischen Fakultät der Universität Rostock abgeschlossen, die am 1.1.1958 ihre Arbeit in der Außenstelle aufnehmen; davon

- 5 der Fachrichtung Schiffbau
- 2 der Fachrichtung Schiffmaschinenbau
- 2 der Fachrichtung Wirtschaftswissenschaft.

7. Beschaffung von Wohnraum für Mitarbeiter

- 7.1 Wie aus 6) kadermäßige Besetzung der Außenstelle ersichtlich, wird sich ITO vor allem auf Spezialisten der Werften und Betriebe des Schiffmaschinenbaues konzentrieren, so daß vorerst - außer dem Genossen Straube - keine Mitarbeiter aus anderen Bezirken nach Rostock kommen.
- 7.2 Genosse Straube versucht, in Rostock wohnen eine Wohnung auf dem Tauschwege zu erhalten. Sollte dies nicht möglich sein, muß um Unterstützung gebeten werden.
- 7.3 Mitarbeiter, die aus dem Bezirk Rostock eingestellt werden, bemühen sich auf dem Wege des Wohnungstausches, ihren Wohnsitz nach dem Ort der Arbeitsstelle zu verlegen.
- 7.4 Die Bezirksleitung der SED Rostock wird gebeten, den Rat der Stadt zu veranlassen, der ITO - Außenstelle bis 31.12.1957 eine Dreizimmerwohnung zuzusprechen und ITO für 1958 ein Wohnungskontingent entsprechend seiner Mitarbeiterzahl zu geben. Dies schließt nicht aus, daß sich die ITO - Außenstelle einer AWG anschließt und somit für seine Mitarbeiter (besonders für die Absolventen, die meist ledig zum ITO kommen, sich jedoch in absehbarer Zeit verheiraten) Wohnraum zu schaffen.


(Dr. oec.-Ing. Stöbel)
Direktor